Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 25. April. Im vorigen Jahre hatte bekanntlich der Bundesrath beschlossen, zur Vorbereitung der Revision des Patentgesetzes eine Enquête-Kommission zu berufen, welcher 22 s. Z. veröffentlichte Fragen zur Beantwortung vorgelegt werden sollten. Unter Leitung dieser Kommission hat alsdann im November v. J. die Vernehmung von Sachverständigen stattgefunden, und zwar in der Form einer gemeinsamen kollegialischen Berathung. Dem Bundesrathe ist der Bericht der Kommission über das Ergebniß der Enquête jetzt zugegangen mit dem Bemerken, daß die Vorschläge zur Abänderung der bestehenden Gesetzgebung der Erwägung unterliegen. Der Stand der Meinungen ist daher in den Hauptpunkten durch Abstimmung konstatirt worden. Die Kommission hat nunmehr dem Bundesrath einen Bericht überreicht, dem die stenographischen Aufzeichnungen über die Berathungen zugrunde gelegen haben. Gleich die erste der 22 Fragen war von hervorragender Bedeutung. Sie lautete: „Hat das Fehlen einer gesetzlichen Begriffsbestimmung der Erfindung erhebliche praktische Nachtheile mit sich gebracht und lassen sich diese durch die Aufnahme einer Begriffsbestimmung in das Gesetz verhüten? Wenn ja, welche Definition wäre dann in Vorschlag zu bringen?“ Diese Frage wurde von der Majorität verneint; es wurde das Bestehen eines Bedürfnisses zur Einführung einer Definition nicht anerkannt und zugleich bestritten, daß durch eine Definition der von der Minderheit erstrebte Vortheil erreichbar sei. Es sei keine Definition erfindbar, welche nicht mit relativen Begriffen, wie denen der Neuheit des Erzeugnisses, der weitergehenden Wirkung u. dergl., arbeiten und dem Ermessen bei der Beurtheilung des einzelnen Falles, hiermit aber zugleich einer Verschiedenheit der Auffassungen, Raum lassen müßte; im Gegentheil könne durch Definitionen das vernünftige Ermessen, welches der im Kulturleben flüssige und wandelbare Begriff der Erfindung erfordere, in schädlicher Weise beengt werden. Bei Berathung dieser ersten Frage wurde noch ein Antrag eingehend erörtert, der dahin ging, daß die Ertheilung des Patents an die Bedingung einer vorher erfolgten derartigen Ausführung, welche die gewerbliche Verwerthbarkeit darthue, geknüpft sein solle und daß zur Beibringung des Nachweises der Ausführung dem Patentsucher auf seinen Antrag im allgemeinen eine mit dem Zeitpunkte der Patentanmeldung beginnende Karenzzeit bis zu einem Jahre zu gewähren sei, während welcher der Erfinder einen seine Prioritätsrechte gewährleistenden Schutz genieße und das Gesuch unveröffnet beim Patentamt niedergelegt bleibe. Bei der Abstimmung wurde dieser Antrag zwar abgelehnt, um aber eine Tendenz desselben, welche in der Diskussion ziemlich allgemein als berechtigt anerkannt war, zur Geltung zu bringen, wurde der Antrag angenommen, dem § 20 des Gesetzes, welcher von den Erfordernissen der Anmeldung handelt, die Vorschrift hinzuzufügen: „und es ist auf Verlangen des Patentamtes die angebliche technische Wirksamkeit des angemeldeten Gegenstandes in einer ausreichenden Ausführung nachzuweisen.“ — Die stenographischen Aufnahmen über die Verhandlungen werden übrigens im vollen Umfange veröffentlicht und so allen Betheiligten zugängig gemacht werden.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

7. Legislaturperiode. 1. Session.

20 Sitzung vom 25. April.

Am Tische des Bundesraths: Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff, Staatssekretäre im Reichsschatzamt Dr Jacobi, Direktor im Reichsschatzamt Aschenborn, Geh. Ober-Regierungs-Räthe Bohmann und Schrant, Generalmajor Ritter v. Xylander, Graf Hohenthal, Oberst Graf v. Zeppelin, Obersten v. Spitz und Scholz, Oberstlieutenant v. Schlieben, Major Haberding.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 30 Minuten.

Eingegangen ist die Zusammenstellung der Ergebnisse der letzten Reichstagswahl.

Der zur ersten Berathung stehende Nachtragsetat für 1887/88 balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 176,085,950 M., von den Ausgaben entfallen in das Ordinarium 19,408,019 M., in das Extraordinarium 156,677,931 M. Mit der Debatte über den Nachtragsetat wird die über das dazu gehörige Anleihegesetz verknüpft.

Kriegsminister Generallieutenant Bronsart von Schellendorff: Der vorliegende Nachtragsetat wird Sie allgemein überraschen wegen seiner Höhe. (Sehr richtig! links.) Ich bin überzeugt, daß, wenn ich es hier nicht ausgesprochen hätte, es wohl von allen Seiten des Hauses bemerkt worden würde. Außerdem ist ja dieser Punkt bereits in der Presse theilweise unter dem Gesichtspunkt erörtert worden, daß ja nun mit diesem mächtigen Etat das deutsche Volk ernotete, was durch den Beschluß des Reichstags, durch welchen die Heeresverstärkung zustande kam, gesäet worden sei. Dies, meine Herren, ist ein gewaltiger Irrthum und dem mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, ist meine erste Pflicht. Ich werde an der Hand des Etats zunächst den Nachweis führen, daß die durch die Heeresverstärkung unmittelbar erwachsenden dauernden und einmaligen Ausgaben sich unterhalb derjenigen Summe halten, welche, als Ihnen dieses Gesetz vorgelegt war, veranschlagt war. Die besondere Höhe rechtfertigt sich vielmehr aus anderen Gründen, wie auch jedem von den Herren, der etatsverständig ist, nicht wird entgehen können. Der Nachtragsetat führt etwa 176 Mill. M. an, wovon 19½ Mill. dauernde und 156½ Mill. einmalige Ausgaben. 3¼ Mill. befinden sich für Verzinsung der Schuld in den dauernden Ausgaben, dagegen sind abzurechnen die Zulagen für Kammerunteroffiziere und die erhöhte Uebungsmunition für die Infanterie, welche beide mit der Heeresverstärkung nicht unmittelbar zusammenhängen, im ganzen etwas über eine halbe Million. Nun ist aber zuzugeben, daß zu dem Nachtragsetat erhebliche Summen hinzukommen, welche in den folgenden Jahren verschwinden werden, welche sich im ganzen auf 8¾ Mill. belaufen, so daß also eine dauernde Belastung durch die Heeresverstärkung von 21 Mill. zu verzeichnen ist. Da ursprünglich auf 23 Mill. gerechnet wurde, so bleiben wir hinter dem Anschlag also noch zurück. — Was nun die einmaligen Ausgaben betrifft, so befinden sich in den 156½ Millionen zu eisernen Vorschüssen etwas über 3 Millionen. Um nun die einmaligen Ausgaben für die Heeresverstärkung zu ermitteln, ist es nothwendig, einige Summen auszuscheiden, die mit der Heeresverstärkung nicht im Zusammenhang stehen. Das sind die erhöhten Summen für die gesteigerte Operations- und Schlagfertigkeit des Heeres. Zusammen mit der baierischen Quote betragen diese 58¾ Millionen. Ferner ist abzusetzen als nicht mit der Heeresverstärkung zusammenhängend für gesteigerte Operationsfähigkeit in Bezug auf Festungsbau, Eisenbahnbau und Bau einer Kaserne in Allenstein zusammen 67½ Millionen, sodaß wir 126¼ Millionen abzuziehen haben. Dann bleiben 14¼ Millionen für die Heeresverstärkung übrig. Dieser Summe ist aber hinzuzufügen, was bereits 1886/87 außeretatsmäßig verlangt ist, das ist eine Summe von 7¾ Millionen, sodaß die bis jetzt nachgewiesenen Kosten der Heeresverstärkungen sich auf etwa 34 Millionen Mark belaufen. Sie werden sich erinnern, m. H., daß Ihnen angegeben wurden 24,200,000 M. ohne die Kosten für Garnison-Lazarethe und Magazinwesen. Für diese letztgenannten Zwecke sind bis jetzt schon 13 Millionen ausgegeben, sodaß wir also auf diesem Gebiete hinter dem Voranschlage für die Heeresverstärkung um 2 Millionen zurückgeblieben sind. Im laufenden Etat betrug diese Ersparniß 1 Million; diese Heeresverstärkung hat also nicht soviel gekostet, als wir voraussetzten. Wollen wir uns aber ein klares Bild von den einmaligen Ausgaben machen, so müssen wir diejenigen Summen hinzurechnen, die aus den Erläuterungen pro 1887/88 ersichtlich sind, vorbehaltlich für die Zukunft. Und diese Summen belaufen sich zusammen auf etwas über 13 Millionen, und das ergiebt dann, daß die gesammten einmaligen Ausgaben der Heeresverstärkung etwa 48 Mill. M. betragen. — Nun enthält der ältere Etat drei größere Ansätze, einmal für die gesteigerte Schlagfertigkeit des Heeres 58¾ Millionen M., für Eisenbahnbauten 36¾ Mill. M., zusammen mit den Ausgaben für Festungsbau beträgt das 124¼ Millionen. Hier sind künftig vorbehalten für Eisenbahnen 31 Millionen, für Festungen 16¾ Millionen; zählen Sie nun diese Summen hinzu, so ergiebt sich, daß der gegenwärtige Etat die Zukunft belastet mit 141½ Millionen. Rechnen Sie hierzu die 176 Millionen des gegenwärtigen Nachtragsetats und die 14¾ Millionen, welche angegeben sind für die außeretatsmäßigen Ausgaben von 1886/87, so ergeben sich in Summa 333 Millionen M. M. H., das ist ja eine sehr große Summe! In Bezug auf die Begründung bezieht ich mich auf die beigefügten Denkschriften und erkläre mich selbstverständlich bereit, bei den kommissarischen Berathungen weitere Aufklärungen zu geben. Es werden namentlich diese größeren Summen für Eisenbahnen, Festungsbauten und gesteigerte Schlagfertigkeit des Heeres für nothwendig gehalten in der gegenwärtigen Zeit, da wir sehen, daß rundum in allen Staaten größere Ausgaben für Militärzwecke gemacht werden. Ich kann also nur die Bitte aussprechen, daß der Nachtragsetat so, wie er von den verbündeten Regierungen entworfen ist, zur Annahme gelangen möge.

Abg. Dr v. Bennigsen (nationallib.): Der Kriegsminister hat bereits auf die sehr großen Zahlen hingewiesen, um welche es sich bei dieser Vorlage handelt. Es wird, abgesehen von der dauernden Vermehrung im Etat, die nicht gleich im laufenden Jahre, aber doch im zweiten und dritten Jahre vom Herrn Kriegsminister an der Hand der Vorlage auf rund 22 Millionen M. angegeben ist, sich auch noch um Anleihen handeln, die auch im Laufe von 3 bis 4 Jahren einschließlich des jetzigen Etatsjahres aufgenommen werden müssen in einer Höhe von mindestens 300 Millionen und welche also, je nachdem man einen Zinsfuß zugrunde legt, immerhin um 11 bis 12 Millionen weiter dauernd unseren Etat belasten werden. Das ist zusammen also ein jährliches Mehr von 33 bis 34 Millionen M. Wo es sich um so überraschend große Summen handelt, da wird natürlich kaum von einer Prüfung im einzelnen im Plenum die Rede sein können. Ich will hier nur beantragen, daß die ganze Vorlage der Budgetkommission überwiesen werde und zwar die ganze Vorlage, sowohl der Nachtragsetat, als im Zusammenhange damit, das Anleihegesetz. Ich kann auch nicht wünschen, daß irgendeine Theile dieses Etats, die einen besonderen Charakter haben, vielleicht einer Spezialkommission überwiesen werden. Bei der Einheitlichkeit dieser Angelegenheit ist es nothwendig, nicht blos militärisch und technisch nach der Verwaltungsseite, sondern auch finanziell die Vorlage im Zusammenhang zu prüfen. Namentlich würde ich es nicht für richtig halten, daß die erheblichen Summen für Eisenbahnbauten in der Höhe von nahezu 67 Mill. M. einer besonderen Kommission überwiesen werden. Ich glaube allerdings, daß gerade diese Forderungen sehr speziell geprüft werden müssen, dazu ist aber auch Gelegenheit in der Budgetkommission. Wenn nicht anders, so kann dies in der Form geschehen, daß, wie es mir empfehlenswerth erscheinen würde, eine besondere Sub-Kommission eingeführt würde. Welches Resultat die eingehende Prüfung ergeben wird, das ist in diesem Augenblick schwerlich im voraus mit Bestimmtheit zu sagen. Es handelt sich hier um Angelegenheiten, die sich zum Theil einer öffentlichen Darlegung im Plenum eines großen parlamentarischen Körpers naturgemäß entziehen, (Sehr richtig!) wo allerdings dieser Körper den dringenden Wunsch haben wird, daß seine Vertrauensmänner in einer Kommission die näheren Darlegungen erhalten, wo es aber nicht im Interesse des Vaterlandes liegen kann, daß alle diese Mittheilungen der Oeffentlichkeit übergeben werden, am allerwenigsten schon in den Motiven der beiden Aktenstücke, welche uns vorgelegt sind. Ich bezweifle nicht, daß diejenigen erforderlichen Mittheilungen, welche die Kommission wünschen wird, in einer Form, welche die Vertraulichkeit wahrt, aber doch eine ausreichende Ueberschicht über das Bedürfniß den Kommissionsmitgliedern gewährt, nachher auch bereitwillig von der Militärverwaltung gegeben werden. Ich will nur noch auf einige Gesichtspunkte aufmerksam machen, auf welche wesentlich, ganz abgesehen von solchen vertraulichen Mittheilungen, die Prüfung der Kommission sich erstrecken muß. Ich will nicht reden von der Prüfung aller der Forderungen für Bauten, für Ausstattungen, für Garnisonen und Festungsbauten, ich will nur verweisen auf die vorhin schon von mir erwähnte sehr bedeutende Summe, welche in Höhe von 67 Millionen für Eisenbahnen gefordert wird. In dem laufenden Etat sind von dieser Summe allerdings nur rund 36 Millionen eingestellt worden, während ein großer Theil noch zurückgestellt worden ist für die kommenden Jahre. Es handelt sich hier um Bahnbauten, zum Theil um Anlagen auf vorhandenen Bahnen, Staatsbahnen, Reichsbahnen, Gesellschaftsbahnen, zum Theil um neue Bahnen, wesentlich und überwiegend im militärischen Interesse, um die Mobilmachung, die Beförderung der Truppen nach den Grenzen zu erleichtern, um namentlich in der Nähe des neutralen Gebiets, der Schweiz, Eisenbahnen zu bauen von der französischen Grenze nach den rückwärts gelegenen württembergischen und bairischen Landestheilen mit Vermeidung des neutralen Gebiets. Die Ausführung dieser Bahnen ist nun in der Art gedacht, daß die Staaten, auf deren Gebiet sie angelegt werden sollen, also Baden, Württemberg, Baiern, Hessen oder die Gesellschaft in Hessen, — es handelt sich um die Ludwigsbahn — daß diese die Bahnen bauen sollen, seien es nun die zweiten Geleise, seien es, wie in Württemberg und Baden, ganz neu anzulegende Bahnen, und daß von seiten des Reichs ein erheblicher Zuschuß gegeben werden soll. Die Höhe dieses Zuschusses ist nach der Vorlage eine außerordentlich verschiedene. Bei den Neubauten in Württemberg sollen etwa 60 Prozent, in Baden 65 Prozent gegeben werden. Hinsichtlich der zweiten Geleise sind ebenfalls die Zuschüsse sehr verschiedenartig normirt; in Baiern am niedrigsten mit 75 Prozent, in andern Staaten und für die Gesellschaft mit 80, 85 und 90 Prozent. Dies alles wird im einzelnen jedenfalls einer sorgfältigen Prüfung unterliegen müssen. Die Motivirung der Vorlage beschränkt sich im wesentlichen darauf, daß diese Bahnen vorzugsweise erforderlich sind im militärischen Interesse, seien es Neubauten, seien es zweite Geleise und Erweiterungen, und daß nur ein geringes wirthschaftliches Interesse vorhanden sei, aktuelles zum Theil gar nicht, für die spätere Zukunft auch kein sehr bedeutendes, sodaß daraus die verhältnißmäßig geringe Betheiligung der betreffenden Staaten, bezw. der einen Gesellschaft erklärlich ist. Im

---

[43]

Gottes Mühlen.

Roman

von Ew. Aug. König.

(Fortsetzung.)

12. Abgewiesen!

„So scheide ich denn mit der frohen Hoffnung, daß es mir gelingen möge, auch Irma mit Dir zu versöhnen,“ sagte Rüdiger mit Herzlichkeit, indem er dem Bruder die Hand zum Abschied reichte.

Archibald schüttelte zweifelnd das Haupt, sein Blick ruhte voll ernster Sorge auf dem treuherzigen Antlitz Rüdiger's.

„An Deinem guten Willen zweifle ich nicht,“ erwiderte er, „aber so lange es Dir nicht gelingt, die Abneigung Grüttner's gegen mich zu besiegen, wirst Du auch bei Irma nichts erreichen. Und Grüttner hat einen harten Kopf — er hält mit zähem Eigensinn an dem Glauben fest, daß all' mein Streben nur dahin gegangen sei, mir das Erbe hier zu sichern.“

„Ich werde ihm die Verhältnisse klar legen —“

„Wie oft habe ich die Beiden eingeladen, mich hier zu besuchen und die Verwaltungsbücher aus der damaligen Zeit einzusehen! Mit dürren Worten wurde mir erwidert, sie könnten meine Schwelle nicht überschreiten —“

„Das soll nun anders werden, ich verspreche es Dir.“

Erwin war bei den letzten Worten eingetreten.

„Der Wagen steht bereit, Onkel,“ sagte er.

„Schön,“ nickte Rüdiger; „in einigen Tagen sehen wir uns wieder. Mit dem Bankier Strombeck werde ich ein ernstes Wort reden, Erwin; sei guten Muthes.“

Baron Archimbald und Erwin gaben dem Scheidenden das Geleit bis zum Wagen, und als dieser fortgefahren war, kehrten sie in das Wohnzimmer zurück, in welchem das Frühstückgeschirr noch auf dem Tische stand.

„Wenn es ihm gelänge!“ sagte Erwin mit einem leisen Seufzer, während sein Vater eine Cigarre anzündete. „Ich will ihm dafür danken, so lange ich lebe.“

„Er hat eine schwere Aufgabe mitgenommen,“ erwiderte Baron Archimbald; „ihre Lösung ist schwieriger, als er glaubt.“

„Erna's Vater darf seine Gründe nicht verschweigen, er muß sie nennen!“

„Ich kenne diese Gründe: er wagt nicht, sie offen auszusprechen, weil er fürchtet, mich dadurch tödlich zu beleidigen.“

„Nein, nein, Vater, daß ist ein Irrthum!“

„Und ich sage Dir, es ist Wahrheit.“

„Wenn es so wäre, so würde ja Onkel Rüdiger ihm nun beweisen, daß diese Gründe durchaus keine Berechtigung haben.“

„Beweisen? Womit will er es beweisen?“ fragte Baron Archimbald, dessen Stirn sich wieder umwölkte.

„Seine eigene Ueberzeugung —“

„Was gilt sie in den Augen derjenigen, die an den Verdacht glauben? Nichts! Strombeck wird die Achseln zucken und bessere Beweise fordern; so lange ihm diese nicht vorgelegt werden können, hält er an seiner Meinung fest. So gerne ich Dir auch helfen möchte, so glaube ich dennoch, daß Du entsagen mußt.“

„Das kann ich nicht, Vater!“ erwiderte Erwin, sich hoch aufrichtend.

„Und wenn Strombeck nicht nachgiebt?“

„Ich sagte schon, was dann geschehen würde.“

„Bedenke wohl,“ warnte Baron Archimbald, „daß es noch fraglich ist, ob Deine Braut sich zu dem Schritt entschließen wird, der sie für immer von dem Vaterherzen trennt. Es wäre eine Kluft, über die keine Brücke mehr hinüberführt —“

„Glaube das nicht!“ unterbrach ihn Erwin. „Wenn dieser peinliche Schritt geschehen ist, dann wird Strombeck sich in das Unabänderliche finden. So denkt Erna auch, und darum bangt mir nicht vor dem unglücklichen Ausgang.“

Baron Archimbald stand am Fenster und blickte sinnend hinaus. Langsam fuhr seine Hand über die heiße Stirn.

„Ich will Dir keine Vorschriften machen,“ sagte er leise mit gepreßter Stimme, „aber ich rathe Dir, ernst die Folgen zu prüfen, bevor Du eine Ehe mit Erna gegen ihres Vaters Willen eingehest. Mein ganzes Leben ist ein schwerer Kampf gewesen; ich glaube auch jetzt noch nicht an die Beständigkeit des Sonnenscheins, den die Liebe Rüdigers in meine Nacht hineingeworfen hat. Wir wollen nun abwarten, was die nächsten Tage uns bringen. Willst Du heute morgen draußen nach dem Rechten sehen? Ich habe schriftliche Arbeiten zu besorgen —“

„Gerne, lieber Vater; ernstliche Arbeit ist mir gerade jetzt Bedürfniß, damit meine Gedanken eine Ablenkung finden.“

Baron Archimbald sandte seinem Sohne einen Blick voll zärtlicher Liebe und ernster Sorge nach, dann ging er in sein Arbeitszimmer und hier schritt er lange gedankenvoll hin und her. Endlich nahm er Platz vor seinem Schreibtisch.

Kaum hatte er die Feder ergriffen, als nach kurzem Anklopfen die Thüre hastig geöffnet wurde und der Makler Steinhauer eintrat. Der Baron fuhr beim Anblick des verhaßten Mannes von seinem Stuhl empor.

„Was soll das heißen?“ rief er zornig. „Warum lassen Sie sich nicht vorher anmelden?“

„Weil ich vermuthen mußte, daß Sie mich nicht annehmen würden,“ erwiderte Steinhauer ruhig; „übrigens fand ich auch draußen niemand, der mich hätte anmelden können.“

„Was wollen Sie hier?“

„Das ist mit wenigen Worten nicht gesagt, Herr Baron; ich glaube, es liegt in Ihrem eigenen Interesse, wenn Sie mich ruhig anhören.“

Baron Archimbald stand hoch aufgerichtet neben seinem Sessel, auf dessen Lehne er sich stützte; sein zornfunkelnder Blick heftete sich auf das tückische Gesicht des Maklers.

„Reden Sie!“ sagte er gebieterisch.

Peter Steinhauer hatte sein Taschentuch hervorgeholt und trocknete damit die nasse Stirn, sein Blick schweifte unstät durch das Zimmer.

„Sie haben mir damals den Vorwurf gemacht, daß ich gehässige Gerüchte verbreitete,“ nahm er das Wort. „Dieser Vorwurf war ungerecht, gleichwohl stützten Sie sich auf ihn, um mich in schimpflicher Weise entlassen zu können.“

„Sie kennen den Grund Ihrer Entlassung besser,“ warf der Baron entrüstet ein.

„Daß heißt, ich kenne die Anklage, die Sie gegen mich erhoben; sie war aber ungerecht. Wenn Sie glaubten, sich dadurch von dem Verdacht reinigen zu können, der bereits in jedem Munde war, dann werden Sie sich getäuscht gesehen haben; im Gegentheil, diese Handlungsweise ließ jeden erkennen, daß Sie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870427022/fragment/page=0001

einzelnen wird es aber erforderlich sein, namentlich da die Zuschüsse, wie ich vorhin erwähnt habe, so sehr verschieden normirt sind, das noch näher zu prüfen, da aus der Vorlage ich noch nicht eine Uebersicht habe gewinnen können, wie man gerade zu diesen bestimmten Prozentsätzen und nur zu diesen in den Vorlagen und Kontraktentwürfen, die die Vorlagen uns mittheilen, gekommen ist. Eine sorgfältige Prüfung in der Kommission empfiehlt sich um so mehr, als wir doch gar nicht umhin können, bei der Bewilligung auch desjenigen, was uns als ganz nothwendig zum Schutze unseres Landes nachgewiesen wird, uns zu vergegenwärtigen, daß wir doch über kurz oder lang für die Deckung dieser neuen Ausgaben sorgen müssen. Nun wäre es sehr verkehrt, die Finanzlage in dem Rechte als irgendwie deiverat darzustellen. Im Vergleich mit den Finanzen anderer Länder können wir dreist behaupten, daß die Reichsfinanzen und die Finanzen der deutschen Länder in einer verhältnißmäßig günstigen Lage sich befinden, daß namhafte Steuerquellen in Deutschland lange nicht in dem Maaße ausgenutzt sind, wie in anderen Ländern. Jedenfalls wird aber doch auch diese Seite nicht unberücksichtigt bleiben können, und der Kommission wird immerhin zu sichtigt bleiben können, und der Kommission wird immerhin zu empfehlen sein, diejenigen Ersparungen, die sich nach der genauesten Prüfung aller der Verhältnisse als möglich darstellen, wirklich Prüfung aller der Verhältnisse als möglich darstellen, wirklich eintreten zu lassen, da wir im Augenblick nicht in der Lage sind, Deckungsmittel parat zu stellen. Wir haben im Momente, wie den Herren aus der Feststellung des laufenden Etats in Erinnerung sein wird, schon die Zahl der Matrikularumlagen gegen das letzte Jahr bedeutend erhöht, um den Betrag von rund 28 Mill. M.; das bringt auf Preußen allein — um auf dies größte Land in Deutschland zu exemplifiziren — den Betrag von nahezu 18 Mill. Mark. Nun sind die Finanzen der einzelnen Länder — und ich erinnere auch hier wieder an Preußen — auf welche man wegen der Matrikularbeiträge angewiesen ist, in einer glänzenden Lage zur Zeit nicht. In Preußen ist, wenn ich recht unterrichtet bin, nach den Verhandlungen eine Fehlsumme von etwa 28 Mill. im laufenden Etat vorhanden gewesen, welche also durch Anleihen gedeckt werden muß, im wesentlichen also zur Bestreitung des größten Theiles der sogenannten außerordentlichen Ausgaben. Denen würde nun, wenn wir demnächst eine Erhöhung der laufenden Ausgaben, einschließlich der Zinsen von 33½ Millionen jährlich haben, em Betrag von etwa 20 Millionen noch hinzutreten, sodaß also damit schon in dem nächsten Jahre Preußen, falls wir andere Deckungsmittel im Reich oder im eigenen Lande nicht finden, mit einem Defizit von 48 Millionen zu kämpfen haben wird. Ich bringe dies in diesem Zusammenhange hier vor, weil ich wünschen möchte, daß die verbündeten Regierungen in dem Augenblick, wo sie im Interesse der Sicherheit des Vaterlandes so bedeutende Forderungen an uns richten, auch nicht unterlassen sollen, fortzufahren in denjenigen Arbeiten und sie möglichst bald abzuschließen, welche uns zur Vermehrung der Mittel im Reich, wie es hieß, noch in dieser Session vorgelegt werden sollen. Ich halte mich für verpflichtet, im Zusammenhang mit dieser Seite der Frage ausdrücklich hervorzuheben, daß zu meiner größten Verwunderung (Hört, hört! links) mir in den letzten Wochen wiederholt die Gerücht auch durch Reichstagsmitglieder zu Ohren gekommen ist, daß hinsichtlich der Vorbereitungen einer dieser beiden Steuervorlagen eine große Eile nicht vorhanden zu sein schiene; es ist die Vorlage wegen der Zuckersteuer. Mir ist das Gerücht mehrmals zugetragen, daß es nicht unmöglich sei, daß diese Vorlage jetzt gar nicht erschiene, sondern etwa erst im nächsten Winter. Nun weiß ich wohl, daß in der letzten Zeit in einem Blatte, von dem man annimmt, daß es der Regierung nicht fern steht, in einem sogenannten halboffiziösen Blatte, diese Gerüchte widerlegt sind. Ich halte es von Interesse, daß, gegenüber den so angespannten Forderungen an den Etat in dieser Vorlage, seitens der verbündeten Regierungen hier ausdrücklich diesen Gerüchten entgegengetreten wird. Ich muß sagen, von meinem Standpunkt als Abgeordneter aus könnte ich mir gar nicht etwas Unvernünftigeres denken, als wenn es sich um zwei, beides sehr wichtige und schwierige Vorlagen handelt: die wegen des Branntweins und wegen des Zuckers, daß wir da die erste in diesem Frühjahr bekommen, die zweite aber zurückgestellt sehen sollten. Schwierig sind beide Vorlagen, sowohl was die Verwaltung, die Technik als die Kontrollmaßregeln und die Ausgleichungen der großen Interessen anlangt, um die es sich bei diesen Steuerobjekten und den Steuergesetzen für dieselben handelt. Aber ich glaube kaum, einen Widerspruch zu erfahren, wenn ich behaupte: Wenn man sagen soll, welches die schwierigere ist von beiden Ausarbeitungen, so ist es doch die hinsichtlich der Branntweinsteuer. Da sind die Fragen der Kontrolle, der Technik und der Verwaltung, und vor allen Dingen die so außerordentlich weitgehenden Gegensätze und die Schwierigkeiten der Ausgleichung viel tiefer liegend und weit umfassender als hinsichtlich der Besteuerung des Zuckers, wo ich dreist behaupten möchte, daß die Fragen, um deren Lösung es sich bei dieser Gesetzgebung handelt, in hohem Grade im Laufe der letzten Jahre zur Klarheit sich durchgearbeitet haben, und daß selbst in Interessentenkreisen, wenigstens so weit es sich um die verständigeren und weiter blickenden Elemente handelt, auch ein Ausgleich der Interessengegensätze und verschiedenen Ansprüche soweit herbeigeführt ist, daß gerade die Interessenten selbst wünschen, daß sobald wie möglich zu einer Zeit, wo man billige Berücksichtigung von seiten der Gesetzgebung noch erwarten darf, diese Industrie auf einen dauernden und festen, für lange Zeit gesicherten Boden hinsichtlich der Besteuerung gesetzt wird. Das habe ich im Zusammenhange mit der Vorlage vorbringen wollen; im übrigen kann ich nur wiederholen: ich wünsche eine eingehende Prüfung. Dieselbe kann nur in der Kommission erfolgen, die vertraulichen Mittheilungen können nur gelegentlich der Kommissionsberathungen gegeben werden. Aufgrund dieser eingehenden Prüfung werden wir zunächst unsere Beschlüsse zu fassen haben, und da sage ich: das Vertrauen zu dem Reichstage, daß das, was aus der Kommission als Ergebniß sorgfältiger Untersuchung hervorgeht, was als dringend nothwendig erkannt wird für die dauernde Stärkung der Wehrhaftigkeit Deutschlands, auf daß unsere Rüstung die Angriffslust der Nachbarn einschränken möge — daß dos mit großer Mehrheit vom Reichstage bewilligt wird. (Lebhaftes Bravo.)

Staatssekretär Dr Jacobi: Ich folge der von dem Vorredner gegebenen Anregung sofort und klare ihn gleich über die Lage der Zuckersteuer-Reform auf. Ich weiß nicht, woher das Gerücht entstanden ist, daß die Regierungen mit der Reform der Zuckersteuer keine Eile hätten. Die Arbeiten für diese Reform sind fortgesetzt im Gange und werden thunlichst beschleunigt. Wenn des Abgeordnete von den Schwierigkeiten geredet hat, welche die Reform der Branntwein- und Zuckersteuer biete, so will ich in eine Erörterung darüber nicht eintreten; aber ich wiederhole, daß die Regierungen fortgesetzt bemüht sind, diese Schwierigkeiten zu heben und, sobald die Vorlagen soweit gediehen sind, sie im Hause einzubringen.

Abg. Frhr. v. Maltzahn (kons.): Mit dem Vorredner bin ich der Ansicht, daß die Vorlage unbedingt in einer Kommission berathen werden muß und zwar in der Budgetkommission. Im Nachtragsetat handelt es sich um ganz neue Stellen, und diese sind immer in der Kommission vorberathen worden. Ueber die dauernde Belastung unseres Etats bin ich zu denselben Ergebnissen gekommen wie der Kriegsminister, nämlich 372 Millionen. Jedoch braucht diese Summe nicht in diesem Jahre aufgebracht zu werden, sondern nur etwa 156 Millionen. Wir werden die Summen in Bezug auf ihre Nothwendigkeit zu prüfen haben. Was die Deckungsfrage betrifft, so wird es nicht gut angehen, daß alles im Wege der Anleihe gedeckt wird; im vorliegenden Falle wird aber nichts anderes übrig bleiben. So viel Kredit werden wir wohl noch haben! Es bleibt also Pflicht der Kommission, zu untersuchen, über die Zinsdeckung und event. Abtragung zu berathen. Ich freue mich, daß in den Kreisen der Regierung dasselbe Bestreben besteht, und so hoffe ich, daß wir zu einem befriedigenden Resultat kommen. (Beifall.)

Abg. Rickert (dtr.): Das Erstaunen ist auf allen Seiten gleich groß, daß die geforderte Summe eine so überaus hohe ist. Der Herr Kriegsminister hat das doch schon früher gewußt, warum hat er bei den früheren Berathungen nichts davon gesagt? Mit Herrn v. Bennigsen freue ich mich darüber, daß unsere Lage immer noch besser ist als anderwärts, aber ich bernhe mich auf die Aeußerung des Abg. Grafen Moltke, daß es in Europa nicht so weiter gehen könne. Deutschland hat am ersten Grund, eine solche Aenderung der Zustände herbeizuwünschen. Wir sind noch keineswegs am Ende, der Herr Kriegsminister hat in der Kommission schon Neuforderungen für die Marine in Aussicht gestellt. Herr v. Bennigsen hat schon gesagt, daß uns selten eine so wenig motivirte Vorlage zugegangen ist. Der Kriegsminister hat sie ergänzt, aber eines hat er unerwähnt gelassen: die Frage der Eisenbahnen. Wir kommen da auf ein ganz neues Gebiet. Das Reich gewährt den verschiedener Bahnen nach Willkür Beihilfen. Bei den preußischen Bahnen an der Grenze können sich diese gleich auf Millionen beliefen. Herr v. Bennigsen hat sich darüber beklagt, daß in demselben Augenblick, wo die Regierung so große Anforderungen an uns stellt, sie sich nicht bemüht, uns entsprechende Finanzvorlagen zu machen. Der Herr Schatzsekretär hat allerdings erklärt, die Arbeiten würden fortgesetzt, aber das geschieht schon seit 10 Jahren. Die Regierung soll endlich einmal das unnatürliche Verhältniß beseitigen, daß das Ausland auf unsere Kosten billigen Zucker ißt. Warten Sie vielleicht darauf, daß die Fabrikanten Ihnen die jetzigen Prämien anbieten werden? Ueber die Branntweinsteuer schweige ich vorläufig, ich warte den Weg ab, den die Regierung gehen will. Nachdem der Reichstag dem Kriegsminister alles gewährt hat, sollte dieser doch einmal dem Reichstag Kompensationen machen. Wir sind schon zufrieden, wenn uns gesagt wird, daß endlich einmal der Abschluß gemacht wird. Unsere Erwerbsverhältnisse sind nicht derart, daß wir Hunderte von Millionen vom Erdboden aufheben können. Namentlich können wir von den Armen nicht mehr nehmen, als jetzt schon geschieht; die Reichen müssen stärker herangezogen werden, und ich hoffe, daß die Regierung sich endlich diesen Forderungen nicht mehr entziehen wird. (Beifall links.)

Während dieser Rede ist der Reichskanzler Fürst v. Bismarck am Bundesrathstische erschienen, mit ihm Staatssekretär v. Boetticher und Geheimrath Rottenburg.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Ich könnte den Hrn. Abg. einfach fragen, was hätte es dann genützt, wenn ich damals diese Forderung auch gleich mitgetheilt hätte? Er wäre nicht geneigter geworden, und diejenigen Herren, welche dafür gestimmt, hätten sich dadurch auch nicht davon abhalten lassen. Mein Standpunkt ist, mit dieser Forderung so früh wie möglich hervorzutreten, und ich habe keine Veranlassung gehabt, sie zu verzögern. Je früher ich die Vorlage vorlege, desto früher kann ich das Militärgesetz verwirklichen. Die Vorlage war damals noch nicht fertig, und wenn ich sie so vorgelegt hätte, wie sie sich damals in meinem Herzen befand, dann hätte er einen noch größeren Schreck bekommen. Inzwischen sind bei den anderen Heeresverwaltungen noch ganz erhebliche Neuanwendungen gemacht worden, und das hat uns gezwungen, mit der größten Genauigkeit die Sachlage zu prüfen. Er hat ferner von der kurzen Begründung gesprochen und gerade das Gebiet herausgegriffen, auf welchem wir bis jetzt noch gar keine sachlichen Grundlagen haben: das Eisenbahnwesen. Vielleicht ist Hr. Rickert bereit, uns in der Kommission den richtigen Weg zu zeigen, — wenn er ihn weiß! Wir beschäftigen uns mit dieser Frage schon seit längerer Zeit. Wenn er Kompensation auf dem Gebiet der Dienstzeit fordert, so mag er doch bedenken, daß das bei dem Gesammtetat gar nicht so sehr ins Gewicht fallen wird. Im übrigen muß ich ihm erklären, daß das, was wir jetzt an Heeresmitteln haben, das äußerste Minimum ist, das wir haben müssen und das Sie uns nicht versagen dürfen, wenn nicht die Kriegstüchtigkeit unserer Infanterie in erheblichem Maße heruntersinken soll. Es ist ein Irrthum, daß die neuen Feuerwaffen ein ganzes Dienstjahr aufwiegen können! Die Infanterie hat jetzt eine 3fache Feuerzone zu passiren und da müssen Sie mir zugestehen, daß die Infanterie nicht fest genug gefügt sein kann. Die Verkürzung der Dienstzeit wäre im jetzigen Augenblick am schlechtesten angebracht. Wir haben nichts mehr gefordert, als was wirklich noth thut.

Abg. Dr Delbrück (Reichspartei): Ich erinnere mich, daß in einer früheren Kommissionsberathung einmal einer meiner politischen Freunde auf die mangelhafte Bespannung der Artillerie aufmerksam machte und da eine Vermehrung forderte. Damals wurde dieser Herr von der Linken darauf aufmerksam gemacht, welche schwere Verantwortung ein Abgeordneter auf sich lade, wenn er etwas fordere, was die Regierung nicht einmal für nothwendig gehalten hat. Daran mußte ich denken, als ich mich mit dieser Vorlage beschäftigte. Der Abg. hat nicht nur die Verantwortung dafür, daß die finanzielle Belastung des Landes nicht zu groß wird, sondern er hat auch die volle Verantwortung für das Wohl des Ganzen zu sorgen, er soll nicht nur Vertrauen zur Regierung haben, sondern er soll auch prüfen, ob sie genug thut, erst dann ist er ebenbürtig mit der Regierung. Zwar sind wir nicht befähigt, zu übersehen, wie weit alle die Forderungen technisch begründet sind und müssen darin auf die Regierung vertrauen. Wir, meine politischen Freunde und ich, haben Vertrauen zur Regierung, wir werden die Einzelheiten des Nachtrags prüfen und dieselben im wesentlichen billigen, wir haben auch die Zuversicht, daß unser Vertrauen von dieser Regierung nicht getäuscht werden wird. Wenn Hr. Rickert seine Verwunderung darüber ausspricht, warum so exorbitante Forderungen nicht vor den Wahlen gestellt worden sind, so kann ich doch erwidern, daß, wenn das geschehen wäre, seiner Partei eine Waffe aus der Hand geschlagen worden wäre, nämlich, daß sie hätten sagen können: „Wir bewilligen jeden Mann und jeden Groschen!“ (Sehr wahr! rechts.) Wenn Sie diesen Satz nicht hätten anwenden können, wären Sie vielleicht in noch geringerer Anzahl hier erschienen. (Beifall rechts.) Wir könnten uns vielleicht verschiedene Erwägungen des Abg. Rickert, z. B. über die finanzielle Lage des Landes und dergl., aneignen, es kommt nur darauf an, welchen Schluß man aus diesen Erwägungen zieht. Wer die Forderung nicht bewilligen will, der mag über die zu starke Belastung reden, wer aber die Bedürfnisse zugestehen will, der darf nicht ein solches Klagelied anstimmen. (Beifall.) Indem also unsere Fraktion einen prinzipiellen Widerstand gegen die Vorlage als vollkommen ausgeschlossen hält, so hält sie doch eine Prüfung für nothwendig, ob nicht etwa aus Ressortpatriotismus oder aus administrativen Motiven eine oder die andere Forderung zu hoch gegriffen ist. Es ist ja möglich, daß man einige Kleinigkeiten mit in die Vorlage gebracht hat, die man sonst nicht gefordert hätte, die man aber in dem allgemeinen Schwung mit angenommen zu sehen hofft. Hierher gehören wohl einige Kasernen- und vielleicht auch Eisenbahnbauten, bei welchen letzteren 10 bis 20 Proz. Zuschüsse gefordert werden sollen. Ein Prinzip bei diesen Zuschüssen, wie es Herr Rickert verlangt, läßt sich allerdings nicht aufstellen, aber es wird zu erwägen sein, ob die Sätze richtig gewählt sind. Es kommt oft vor, daß eine Bahn, die man als schlecht angesehen hat, sich nachher ganz gut rentirt, auch wird zu erwägen sein, ob die Bahnen, die direkten Anschluß an die Reichslande haben, nicht direkt den Reichseisenbahnen anzuschließen sein werden. Die Größe der Vorlage ist es, die uns keinen Widerspruch gegen die Verweisung an die Kommission erheben läßt. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (dtr.): Der Herr Vorredner ist ministerieller gewesen als das Ministerium selbst; dieses erkennt doch eine Prüfung seitens der Volksvertretung an und findet sie unter Umständen auch nützlich und in der Ordnung. Das Bemerkenswerthe an dieser Vorlage ist, daß man gar nicht weiß, was noch alles im Hintergrunde lauert; über die bestimmte Verwendung dieser vielen Millionen wird nichts gesagt. Die Summe ist aber eine so große, daß die Zinsen davon schon einer erneuten Einstellung von weiteren 20,000 Mann entsprechen. Es wäre deshalb umsomehr gerechtfertigt gewesen, die Heeresverstärkung auf eine geringere Anzahl von Jahren zu bewilligen, als wie gleich auf sieben Jahre, wobei noch diese ungeheure Zinsenlast dazu kommt. Wenn man noch diesem neuen Reichstage bei der letzten Etatsberathung wenigstens eine Andeutung über diese in Aussicht stehende Anleihe gemacht hätte, aber auch dazu hat sich die Regierung nicht verstehen können. Ich glaube deshalb, daß sehr vielen diese Vorlage höchst überraschend gekommen sein wird. Wie soll man hier eine Bewilligung aussprechen, wo man gar nicht absieht, wie viel daran ist nöthig, wie viel nicht? Eine Gesammtübersicht, wie sie durchaus nothwendig ist, wird nicht gegeben: da ist es doch mit dem bloßen Vertrauen eine gewisse Sache. Wie man im Festungsbau verfahren ist, das wissen Sie Alle; da werden, wenn man die Waffentechnik nur in etwas geändert glaubt, gleich eine Reihe von Festungen kassirt, andere in immenser Weise mit ungeheuren Kosten ausgebaut. Wer bürgt uns denn dafür, daß man jetzt nicht wieder sagt: Die neue Waffentechnik erheische eine vollständige Umänderung im Festungsbau? Was die Eisenbahnen anlangt, so haben wir das Prinzip im Reiche, daß jeder Einzelstaat diejenigen Bahnen, welche strategisch als nothwendig erklärt werden, aus eigenen Mitteln herstellen müsse. Warum soll nun auf einmal das Reich hier einspringen? Solche Linien, wie Nürnberg-Heilbronn, eine große durchgehende Linie, wo 16—18 Züge geben sollen, aus Reichsmitteln herzustellen, ist durchaus nicht gerechtfertigt. Ich möchte auch die Einzelstaaten warnen, für ein Lusengericht die Erstgeburt, das Recht des selbständigen Eisenbahnbaues hinzugeben. Neue Kasernenbauten finden sich ebenfalls in dem Nachtrags-Etat. Als ich damals dem Herrn Kriegsminister vorrechnete, daß wir ungefähr 40 Millionen für neue Kasernenbauten ausgeben würden, da sagte er: Ach! das ist ja viel zu hoch gegriffen! Nun, m. H., wie stellt sich aber die Sache jetzt? Jetzt sind schon 33 Mill., incl. der Kasernements, im Nachtrags-Etat dazu verwendet, und man weiß nicht, wie viel noch als nothwendig erklärt werden wird. Ich habe also Recht be-

---

sich meiner und des Kammerdieners nur deshalb entledigten, um unsere Aussagen als unglaubwürdig erscheinen zu lassen.“

„Ihre Aussagen?“ fragte Baron Archimbald scharf. „Was hätten Sie auszusagen?“

„Das, was ich im Walde gesehen habe.“

„Haben Sie dort wirklich etwas gesehen, so kann Ihre Aussage nur mich von dem furchtbaren Verdacht reinigen.“

„Vielleicht!“ erwiderte Steinhauer achselzuckend. „Aber auch das Gegentheil könnte der Fall sein, Herr Baron; es kommt eben darauf an, wie viel Ihnen der Friede werth ist, den ich Ihnen anbiete. Ihr Herr Bruder ist von drüben zurückgekehrt — er will das Geheimniß erforschen, das über dem Tode seines Vaters schwebt; er hat sich bereits an mich gewendet, da er weiß, daß ich dieses Geheimniß kenne. So ruht denn der Friede Ihres Hauses in meinen Händen.“

Jäh blitzten Zorn und Entrüstung in den Augen des Barons auf. Er stützte sich fester auf den Sessel, der unter dem Druck seiner sehnigen Faust krachte.

„Und was werden Sie meinem Bruder sagen, wenn ich diesem Erpressungsversuch widerstehe?“ fragte er mit bebender Stimme.

„Was ich gesehen habe.“

„Meineidiger Schurke!“

„Herr Baron, reizen Sie mich nicht!“ fuhr Steinhauer auf. „Ich habe mir viel von Ihnen gefallen lassen und geduldig auf den Augenblick gewartet, der mich entschuldigen sollte. Dieser Augenblick ist nun gekommen, und von Ihnen verlange ich zuerst die Entschädigung. Sie haben mich damals entlassen, ohne Rücksicht zu nehmen auf meine langjährigen Dienste. Die Forderungen, zu denen ich berechtigt war, wurden abgelehnt. Nun frage ich Sie zum letzten male: wollen Sie dieselben bewilligen, und welche Summe gedenken Sie mir zu zahlen? Lassen Sie mich ausreden,“ fuhr er fort, als der Baron mit drohender Miene den Arm erhob und auf die Thüre zeigte. „Wenn Sie mich zufrieden stellen, so werde ich Ihrem Herrn Bruder sagen, ich sei Zeuge des Selbstmordes gewesen. Damit ist die böse Geschichte für immer abgemacht und Sie haben den Frieden gefunden, den Sie aus vielen Gründen wünschen müssen. Thun Sie es nicht, so erzähle ich ihm, was ich wirklich gesehen habe, und kein Hund wird mehr ein Stück Brot von Ihnen annehmen.“

„Elender Mensch!“ sagte Baron Archimbald, der in der Verachtung, welche diese Worte ihm einflößten, seine Fassung wiedergefunden hatte. „Sie halten mich für so verworfen, daß ich auf diesen schmachvollen Handel eingehen werde?“

„Es ist ein Handel wie jeder andere.“

„Ein Handel um einen Meineid, den Sie mir zum Kauf anbieten? Ich werde dem Staatsanwalt darüber berichten. Jetzt endlich habe ich den Haken, an dem ich Sie fassen kann.“

„Glauben Sie das wirklich?“ spottete der Makler. „Gehen Sie nur zum Staatsanwalt, ich werde auch hingehen und meine Aussage beschwören; wir wollen dann sehen, wem er Glauben schenkt!“

„Einem solchen Schurken ganz gewiß nicht!“ rief der Baron, ungestüm an der Glockenschnur ziehend. „Ich werde nicht länger schweigen; mag daraus entstehen, was da will. Hinaus mit diesem Schurken!“ befahl er dem eintretenden Knecht. Läßt er sich noch einmal hier blicken, so hetzt die Hunde auf ihn!“

Peter Steinhauer hatte trotzig das graue Haupt zurückgeworfen. Eine unsagbare Fülle von Haß, Wuth und Rachsucht loderte aus seinen Augen.

„Das werden Sie bereuen, Herr Baron!“ sagte er heiser und knirschte mit den Zähnen. Hohnlächelnd verließ er das Gemach. Der Knecht folgte ihm.

„Sorgt, daß Ihr Euer Schäfchen ins Trockene bringt,“ sagte Steinhauer draußen und das Zittern seiner Stimme verrieth den Sturm, der in seinem Innern tobte. „Die Herrlichkeit hier wird nun bald ein Ende nehmen!“

„Danken Sie Gott, daß der junge Herr nicht zuhause ist,“ erwiderte der Knecht; „er kann jeden Augenblick heimkommen — er spaßt nicht.“

„Ich spaße auch nicht,“ antwortete Steinhauer, während er in den Wagen stieg, der vor der Thüre auf ihn wartete; das werde ich Eurem Herrn beweisen. Fahr' zu, Kutscher!“

Er sank in die Kissen zurück und schaute mit starrem Blick in die Ferne hinaus. Das hatte er im schlimmsten Falle nicht erwartet. Auf Vorwürfe und böse Worte war er vorbereitet gewesen; aber er hatte auch fest geglaubt, der Baron würde diese Gelegenheit, sich von dem Verdacht zu reinigen, mit Freude benützen und dafür willig ein Opfer bringen.

Was nun? Haß und Wuth tobten in dem Innern des leidenschaftlichen Mannes. Er wollte Rache nehmen, aber gleichwohl nicht auf die Befriedigung seiner Habgier verzichten. Daß Baron Archimbald den Erpressungsversuch dem Staatsanwalt anzeigen würde, glaubte er nicht — er lachte über diese Drohung.

„Er wird sich hüten, die Sache öffentlich zur Sprache zu bringen,“ murmelte er. „Der Verdacht gegen ihn ist zu tief gewurzelt, als daß seine Erklärungen ihn erschüttern könnten, wenn ich meine Aussagen beschwöre. Baron Rüdiger begegnete mir vorhin — im Pariser Hof werde ich ihn finden. Jetzt muß rasch gehandelt werden. Hat er sich mit seinem Bruder ausgesöhnt und will er nicht seinen eigenen Namen entehrt sehen, so muß er mein Schweigen erkaufen.“

(Forts. folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870427022/fragment/page=0002

halten. Bei solchen Forderungen, wie sie hier die Regierung jetzt wieder macht, da sollte sich auch die Mehrheit der großen Verantwortung dem Volke gegenüber bewußt werden. Solche Mittel sind doch nur zu beschaffen durch Einführung neuer und drückender Steuern. Zum mindesten muß man aber mit der Steuer-Reform so bald als möglich beginnen. Ich erkläre, daß angesichts solcher Geldforderungen der Regierung es geradezu unerhört ist, mit der Abschaffung der Exportprämien bei der Zuckersteuer auch nur einen Tag zu zögern. Ein solches System der Ausbeutung in Hinsicht auf diese militärischen Forderungen geht weit über das Maß hinaus, was uns zugemuthet werden darf. (Große Unruhe rechts und Beifall bei den Deutschfreisinnigen).

Staatssekretär im Reichsschatzamt Dr Jacobi: Ich erkläre nochmals, daß sich die Regierung einer Reform der Zuckersteuer keineswegs entzieht, ebenwenig einer Reform der Branntweinsteuer. Sollte die eine oder als die andere dem Hause vorgelegt werden können, so liegt das an nichts anderem als an der Zeit, welche die Vorarbeiten erfordern. (Beifall.)

Abg. Grad (Elsässer): Ich bin kein Freund von Schuldenmachen, aber die Schuld des Reichs trifft doch schon nahe an die erste Milliarde. Ich weiß wohl, daß man zuweilen der Vogesen etwas weniger bevorzugt im Schuldenmachen ist, aber das kann für uns kein Beispiel sein. Die Erträge unserer indirekten Steuern sind seit Jahren im Rückgange. In Frankreich ist man bei den indirekten Steuern energischer; dort beträgt die Tabaksteuer pro Kopf der Bevölkerung 8 M., in Deutschland nur 1 M. Wenn man hier etwas von Frankreich lernen will, so sollte man es thun! Auch beim Branntwein haben wir im Elsaß die nachtheiligen Folgen der niedrigen deutschen Branntweinpreise kennen gelernt. Würden diese beiden Steuern erheblich erhöht werden, so könnten wir von den Matrikularbeiträgen befreit und diese Summe von 60—70 Millionen auf die Hebung der Landwirthschaft verwendet werden.

Abg. Schumacher (soz.) äußert, es sei nicht zu verwundern, daß Deutschland rüsten müsse, wenn die anderen Staaten vorangingen; aber Deutschland treffe dies viel schwerer: Wir haben früher den ordentlichen Etat nicht bewilligt, den diesmaligen Nachtragsetat werden wir erst recht nicht bewilligen!

Redner geht auf die Wahlen ein, Präsident v. Wedell-Piesdorf unterbricht ihn aber darin, weil die Wahlagitation gar nichts mit dem Nachtragsetat zu thun habe. (Zustimmung.)

Abg. Schumacher fortfahrend: Man hat fortwährend Unwahrheiten über die Kriegsstärke der anderen Staaten verbreitet. Bei der Zuckersteuer müsse man jetzt auf die Vorschläge eingehen, die früher von der Opposition gemacht worden sind. Wenn wir uns an die Interessenten wenden, so werden wir niemals zu einer Reform kommen.

Die Diskussion wird geschlossen und die Vorlage an die Budgetkommission verwiesen.

Zur ersten Berathung steht ferner die Novelle zum Quartierleistungsgesetz für die bewaffnete Macht im Frieden.

Das Gesetz ist folgendermaßen begründet: Das Bedürfniß einer Abänderung des Gesetzes vom 13. Februar 1875, betreffend die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden, war im Jahre 1881 Veranlassung zur Vorlage eines Gesetzentwurfs an den Bundesrath und Reichstag. Diese Vorlage behandelte die Abänderung des Gesetzes nur in Bezug auf die Stellung von Vorspann und die Vergütung hierfür. Der Versuch, zu dem gewünschten Ziele zu gelangen, scheiterte, da die vom Reichstag zu diesem Gesetzentwurf gefaßten Beschlüsse nicht die Genehmigung der verbündeten Regierungen fanden. Inzwischen sind die Organe der Heeresverwaltung noch wie vor bemüht gewesen, die Bestimmungen des Gesetzes in einer den Interessen der Truppe wie der Bevölkerung entsprechenden Weise zur Durchführung zu bringen. Trotzdem ist es nicht gelungen, die Unzuträglichkeiten, welche die Handhabung des Gesetzes für alle hierbei Betheiligten im Gefolge hat, zu beseitigen, und ist es insbesondere unmöglich, im Wege der Verordnung Abhilfe zu schaffen. Man hat zu der vorgeschlagenen Gesetzesnovelle greifen müssen.

Abg. Freiherr v. Buol-Berstenbach (Centrum) spricht unter großer Unaufmerksamkeit des Hauses: Man muß der Militärverwaltung dasjenige, was sie in Friedenszeiten braucht, unbedingt gewähren, wenn auch mit möglichster Sparsamkeit. Besonders ist es wichtig, daß die Lasten, z. B. Einquartierung, möglichst von den Schultern der Einzelnen genommen und auf die Gesammtheit der Staatsbürger übertragen werden. Und in dieser Beziehung ist es das Bestreben der Militärverwaltung, nach thunlichster Besserung zu streben. Ich beantrage, die Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Struckmann (natl.) spricht sich in ähnlichem Sinne wie der Vorredner aus. Bezüglich des in dem Entwurf in Aussicht genommenen „engen Quartiers" bitte er die zu wählende Kommission, wohl zu erwägen, ob nicht, falls man in größerem Maße von diesem engen Quartier Gebrauch mache, diejenigen, welche es zu leisten haben, gegen den jetzigen Zustand benachtheiligt sind.

Abg. v. Köller (deutschkonf.): Auch wir sind für eine Kommissionsberathung, aber wir möchten die Kommission von 14 auf 21 Mitglieder verstärken, da sich viele Mitglieder des Hauses für den Gegenstand interessiren. Namentlich sind die Leistungen für Vorspanndienste eingehend in der Kommission zu unterziehen, denn die Last, welche hierin auf dem Lande ruht, ist ganz bedeutend. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß das requirirte Vorspannwesen sich noch bedeutend einschränken lassen wird, zumal die Bauern durch dasselbe häufig in eine fatale Lage gebracht werden. Es ist erwünscht, daß die Preise so festgesetzt werden, daß sich Lieferanten finden, welche die gesammten Vorspanne übernehmen. Auch damit bin ich einverstanden, daß man die Preise für die Fourage höher normirt, und es ist ganz gerechtfertigt, hier die höchsten Tagespreise gelten zu lassen. Es kann uns dies als Produzenten nur willkommen sein. Im übrigen haben wir das Vertrauen zu den verbündeten Regierungen, daß sie die Intendanturen veranlassen, überall den Bedarf nur im Wege des freien Einkaufes zu decken. Was die Flurentschädigungen anlangt, so kann man sich mit den bestehenden Taxirungs-Kommissionen durchaus einverstanden erklären. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, daß gerade die dabei anwesenden Offiziere und Intendanturbeamten sich äußerst entgegenkommend verhalten haben. Ich wiederhole meinen Antrag auf Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Frhr. v. Buol erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden.

Die Diskussion wird geschlossen und die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Dienstag nachmittag 1 Uhr. Tagesordnung: Antrag Kräcker betreffs Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Singer. Gesetzentwurf über Servistarif und Klasseneintheilung der Orte.

Schluß 4½ Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom 25. April.

Am Ministertische: Ministerpräsident Fürst v. Bismarck, Kultusminister Dr v. Goßler, Staatsminister v. Boetticher, Minister für öffentliche Arbeiten Maybach, Unter-Staatssekretär Lucanus, Geh. Ober-Regierungsräthe Dr Bartsch, Rottenburg und andere.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die kirchenpolitische Vorlage steht zur zweiten Berathung, dieselbe enthält fünf Artikel, deren erster die Abänderung der vorjährigen Novelle (vom 21. Mai 1886) enthält.

§ 1 des Artikel I lautet:

„Die Bischöfe von Osnabrück und Limburg sind befugt, in ihren Diözesen Seminare zur wissenschaftlichen Vorbildung der Geistlichen zu errichten und zu unterhalten."

Auf diese Seminare finden die Bestimmungen des Artikels 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1886 Anwendung."

Abg. v. Hülsen (kons.): Ich habe mich vor meinen Wählern und vor meinen evangelischen Freunden zu rechtfertigen, und vielleicht tragen meine Ausführungen dazu bei, daß alle Mitglieder meiner Fraktion die Vorlage so annehmen, wie sie aus dem Herrenhause hervorgegangen ist. Der Kulturkampf, m. H., ist ein Uebel, das aus der Welt geschafft werden muß; darüber sind wir alle einig. Nur über das „Wie" gehen unsere Meinungen auseinander. Da halte ich denn dafür, daß man den Fehlern, die man gemacht hat, nicht noch ein paar neue hinzufügen dürfe. Ich mag die Verantwortung nicht auf mich nehmen, die Regierung in dem Wege, den sie zur Beilegung des Kampfes beschritten hat, zu hemmen. Die Regierung kann zweifellos alle plausiblen Umstände besser erwägen und beurtheilen als wir, und da ich überzeugt bin, daß die Regierung das Beste will, so werde ich ihr auf ihrem Wege folgen. Den Kampf ganz aus der Welt schaffen werden wir niemals, weil er eine Kulturnothwendigkeit ist, aber ihn auf das minimalste Maß beschränken, das können und müssen wir. Gerade im gegenwärtigen Momente ist der Frieden zwischen Kirche und Staat, beiden, der sehr verwickelten europäischen Konstellation gegenüber, doppeltes Bedürfniß; darauf hat auch schon der Herr Ministerpräsident hingewiesen. Redner bleibt auf der Tribüne wegen der im Hause herrschenden Unruhe größtentheils unverständlich. Er scheint auszuführen, daß dieser Vergleich, wie ihn die jetzige Vorlage schaffen will, von katholischer wie von evangelischer Seite gleichviel bemängelt wird. Für ihn, Redner, sei dies ein sicheres Zeichen, daß der Vergleich die richtige Mitte zwischen dem halte, was man aufgeben, und dem, was man gewähren könne. Er empfiehlt schließlich die einstimmige Annahme der Vorlage. (Beifall.)

§ 1 und der Rest des Art. I ebenso die folgenden 3 Artikel werden ohne weitere Debatte angenommen, für dieselben stimmen die Konservativen mit Ausnahme des Abgeordneten v. Below (Saleske), die Freikonservativen mit Ausnahme des Abg. Kennemann, das Centrum, die Polen und ein Theil der Nationalliberalen mit die Abgg. Dr Hammacher, v. d. Brelie, Dr Reinhold, v. Schenkendorf, Kiebel u. a.

Eine Diskussion entsteht erst beim Artikel V., welcher die Erleichterungen bezüglich der Zulassung der Orden betrifft; hierbei wird folgende Rednerliste gemeldet: Dagegen melden sich die Abgg. Dr Virchow, Dr Gneist, v. Dziembowski u. Hagens, dafür die Abgg. v. Meyer-Arnswalde, v. d. Reck, Dr Windthorst und v. Hülsen.

Der prinzipielle § 1 des Art. V lautet:

„Im Gebiete der preußischen Monarchie werden wieder zugelassen diejenigen Orden und ordensähnlichen Kongregationen der katholischen Kirche, welche sich

a. der Aushilfe in der Seelsorge,
b. der Uebung der christlichen Nächstenliebe,
c. dem Unterricht und der Erziehung der weiblichen Jugend in höheren Mädchenschulen und gleichartigen Erziehungsanstalten

widmen;

d. deren Mitglieder ein beschauliches Leben führen."

Abg. Dr Virchow (dfr.): Wird der in Rede stehende Artikel in die Praxis umgesetzt, so bin ich der Meinung, daß gerade das Gegentheil von dem eintreten wird, was damit beabsichtigt ist. Der Artikel hat jetzt nur vier Paragraphen, während er früher fünf enthielt. Es wäre wünschenswerth, daß § 2, 3 und 5 im alten Gesetz bestehen geblieben wären und daß prazis ausgesprochen wäre, was aufgehoben werden soll und was nicht. Man muß klar wissen, was die Vorlage eigentlich will; wir kann es vorkommen, daß das Reichsgericht Urtheile fällt, die dem Sinn desselben strikte zuwiderlaufen. Wir beurtheilen das Gesetz nicht von einem spezifisch evangelischen Standpunkte aus, das wäre durchaus falsch; wir müssen allgemeinen Standpunkt einnehmen. Eine Nothwendigkeit, daß die Katholiken durchaus Ordensanstalten haben müssen, kann ich nicht anerkennen. Warum können sie nicht Propaganda treiben für ihre Kirche nach Art der evangelischen Missions-Gesellschaften? (Da die Unruhe im Hause fortbesteht, bleibt auch dieser Redner auf der Tribüne größtentheils unverständlich.) Es ist bekannt, daß der Widerstand, den der polnische Adel und Klerus nach der Begründung des Deutschen Reichs dem Reichskanzler entgegengestellt hat, einen Hauptanlaß zum Kulturkampf gegeben hat. Nun will man diesem polnischen Klerus wieder freie Hand lassen? Ich bezweifle auch, daß der Unterricht der Orden die nöthige Garantie für eine nationale Erziehung giebt, da die staatliche Prüfung wie sie von unsern öffentlichen Lehrern verlangt wird, hier wegfällt. Schließlich betont der Redner, daß der Ministerpräsident in der That früher anders über das Wesen des kirchlichen Streits geurtheilt habe als jetzt und führt zum Beweise eine Rede desselben an, die am 14. April 1875 im Herrenhause gehalten hat und worin er es mit seinem Seelenheil für unverträglich erklärte, die Unfehlbarkeit des Papstes anzuerkennen.

Abgeordneter von Meyer-Arnswalde: Ich stimme für das ganze Gesetz, folglich auch für den Artikel 5. Ich kann das nun so mehr, als meine Antecedentien durchaus keine Veranlassung für mich bilden, darüber Leibschmerzen zu haben. (Heiterkeit.) Der Artikel 5 ist allerdings der einzige, welcher gewisse Bedenken erregen kann, weil die Gefahr nahe liegt, daß die katholischen Orden ihre Propaganda jetzt, wo sie so zu sagen wieder bei uns neu auftreten, in verstärkterem Maße als früher betreiben werden. Ich meine aber, daß ihnen ein sehr starkes Gegengewicht in den Diakonissen erwachsen wird. Dieselben sind zur Zeit ja noch schwach, aber sie können gestärkt werden, einmal durch die evangelische Vereinsthätigkeit und dann durch die Kirche selbst. Dem Abg. Virchow gegenüber bemerke ich, daß eine freie, durch nichts gehemmte Ordensthätigkeit jedenfalls viel segensreichere Wirkungen erzielt, als wenn man ihr Fesseln anlegt. Die evangelische Kirche besser zu dotiren, halte ich für gerecht und freue ich mich, das die königl. Staatsregierung von der gleichen Erkenntniß beseelt zu sein scheint. Eine bessere Dotirung muß auf jeden Fall eintreten. Ich ersuche Sie, auch den Artikel 5 im Interesse des Friedens Ihre Zustimmung nicht zu versagen.

Abg. Dr. Gneist (natlib.) beantragt namens seiner Partei die namentliche Abstimmung über diesen Artikel. Nachdem die Regierungs-Vorlage im anderen Hause über ihren Rahmen hinaus erweitert sei, hätte man Amendements zu den einzelnen Artikeln stellen können, mit diesem Artikel aber sei die Vorlage für seine, des Redners, Partei unannehmbar, dieselbe werde also demnächst voraussichtlich gegen die ganze Vorlage stimmen.

Abg. v. d. Reck (kons.) führt aus, daß die Orden mit den Institutionen des modernen Staates nicht in Widerspruch ständen. Im Vertreten des religiösen Glaubens wäre ohnehin kein Ueberfluß. Redner wird bei der fortdauernden Unruhe und, da er abgewendet von der Tribüne spricht, zuletzt fast ganz unverständlich.) Ein evangelischer Kulturkampf wäre auf der anderen Seite für Preußen noch viel bedenklicher als ein katholischer, da die evangelische Kirche die Hauptkirche Preußens sei.

Abg. v. Dziembowski: Ich habe keinen Auftrag, gegen das Gesetz zu sprechen, sondern fühle nur das Bedürfniß als Einwohner der Provinz Posen, wo Deutsche und Polen zusammenwohnen, gegen die Zulassung der Orden mich zu erklären. Das germanische Prinzip, für dessen Propagirung in jenen Gegenden man doch sonst so lebhaft hier eintritt, wird durch nichts mehr gefährdet und gehemmt, als durch die polnischen katholischen Orden. Redner geht auf die bisherigen Erfahrungen mit den meist deutschrussischen Ordensniederlassungen näher ein, unter denen sich die Philippiner und Franziskaner besonders agitatorisch bemerkbar gemacht hätten. Unter dem Vorwande, „Almosen zu sammeln" — um mich euphemistisch auszudrücken — haben die Franziskaner sich zur Aufgabe gemacht, die Polen gegen die Deutschen aufzuhetzen. (Gehäufte Unruhe; Abg. v. Jadzewski ruft: Beweise!) Herr v. Jadzewski, ich brauche Ihnen dafür keinen besonderen Beweis zu erbringen, für jeden in Posen ansässigen Deutschen ist dies eine feststehende Thatsache. Das Gesetz wäre nur in der ursprünglichen Regierungsvorlage annehmbar. Man kann es nicht recht verstehen, daß die Staatsregierung auf der einen Seite durch Kolonisationen das Deutschthum zu heben bestrebt ist und auf der anderen Seite ihr Werk durch die Zulassung der Orden zerstört! Ich wiederhole es, es geht eine tiefgehende Erregung durch die deutsche Einwohnerschaft Posens und Westpreußens. Ich beabsichtigte eigentlich, den Antrag zu stellen, diese Provinzen von den Bestimmungen des Art. 5 auszunehmen, nehme aber davon Abstand, da Aussicht auf Annahme doch nicht vorhanden ist und ich die Debatte nicht unnöthig verlängern will. Für den Art. 5 vermag ich jedoch nicht zu stimmen.

Ministerpräsident Fürst v. Bismarck: Die Regierung ist keineswegs gewillt gewesen, mit dieser Vorlage den polnischen Bestrebungen in der Provinz Posen denjenigen Beistand zuzuführen, der ihnen durch die Orden erwachsen kann. Sie hat sich aber nichtsdestoweniger entschließen müssen, Ihnen die Annahme der gesammten Vorlage, wie sie aus dem Herrenhaus gekommen ist, hier zu empfehlen, weil durch Abbröckelung eines Theils von derselben das Zustandekommen des Friedens mit der römischen Kurie wiederum in Frage gestellt wird, und weil die Regierung im Gesammtinteresse des Staats glaubt, ein höheres Gewicht auf das Zustandekommen dieses modus vivendi mit der Kurie legen zu müssen, als auf die lokalen Uebelstände, welche dadurch in einzelnen Provinzen sich herausstellen können.

Abg. Dr. Windthorst: Ich erkläre namens meiner Freunde, daß wir uns in unsere beim Anfange der Berhandlungen abgegebene Erklärung beschränken, wir wollen frühere Ausführungen hier nicht wiederholen, um nicht durch irgend ein Wort die Ruhe zu stören, welche zum Zustandekommen des Friedenswerkes nothwendig ist. Der Versuch, hier einseitige Interpretationen anzuführen, ist ein vergeblicher; sind die Bestimmungen zweifelhaft, so müssen sie interpretirt werden durch die gesammten Faktoren, welche bei der Gesetzgebung mitgewirkt haben. Wenn aber Juristen kommen, wie das so oft geschieht, und nachher das Gesetz nach ihrer Meinung allein auslegen wollen, so ist das verwerflich. Dem Herrn Vorredner aus dem Hause könnte ich auch recht wohl antworten, ich verzichte aber für den Augenblick darauf, da der Herr Reichskanzler das in so maßvoller Weise schon selbst gethan hat.

Abg. Hagens (nlib.) — auf der Tribüne fast vollständig unverständlich, da die Unruhe im Hause sich noch vergrößert hat — scheint die Bedenken, welche der Abg. v. Dziembowski geltend gemacht hat, aus nationalen Gründen zu theilen. Die Regierung mache sich in gewissem Sinne den katholischen Ordensgesellschaften gegenüber wehrlos.

Präsident v. Koeller: Meine Herren, ich muß dringend um mehr Ruhe bitten! — Ich bin nicht im Stande, den Ausführungen des Redners zu folgen!

Der Redner bleibt trotzdessen auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Dr. v. Jadzewski (Pole): Ich will aus denselben Gründen, wie sie der Abg. Dr. Windthorst hervorgehoben hat, auf die Angriffe des Abgeordneten v. Dziembowski gegen die katholische Ordensthätigkeit in den ehemals polnischen Landestheilen nichts erwidern und nur, soweit er mich persönlich damit berührt hat, mit einem Wort antworten. Der Herr Abg. v. Dziembowski hat gemeint, wenn ich an meine Brust schlagen wollte und ehrlich meine Meinung sagen würde, so müßte ich ihm Recht geben. Nun, ich bin stets gewohnt, ehrlich zu sein und muß dem Herrn Abgeordneten erklären, daß er vollständig im Unrecht ist, und auch nicht imstande sein wird, seine Behauptung beweisen zu können.

Abg. Dr. Wehr (Deutsch-Crone) (frk.): Ich will mich in gar keine Polemik einlassen, und nur kurz dem Abg. v. Jadzewski erwidern, daß im Westpreußen theilweise sogar selbst die Katholiken die Ordensthätigkeit in dieser Provinz so schildern, wie sie der Abg. v. Dziembowski dargestellt hat. Daß die Franziskaner und andere Mönche ihre Schuldigkeit gethan haben, gebe ich zu, sie haben sie eben in zu reichem Maaße gethan. (Heiterkeit.) Der Standpunkt der Regierung verstehe ich vollkommen, theile ihn aber nicht.

Hierauf wird die Debatte geschlossen und dann über den Artikel auf Antrag der Abgg. von Eynern und mehrerer Nationalliberalen namentlich abgestimmt. Abgegeben werden 369 Stimmen, von denen erstere 22 auf Enthaltung der Abstimmung lauten. Es bleiben mithin 347 giltige Stimmen und beträgt die absolute Majorität 174. Es stimmten jedoch mit „Ja" 230 und mit „Nein" 117 Abgeordnete, so daß auch der Artikel 5 mit großer Majorität angenommen ist.

Der Rest der Vorlage wird angenommen.

Schließlich nimmt das Haus noch in erster und zweiter Berathung den Gesetzentwurf, betreffend Abänderungen der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung für die Provinzen Preußen (Ost- und Westpreußen), Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen vom 10. September 1873 und der Generalsynodal-Ordnung für die evangelische Landeskirche der acht (neun) älteren Provinzen der Monarchie vom 20. Januar 1876, und gleichfalls in erster und zweiter Berathung den Gesetzentwurf über die Aufhebung des Frankfurter Gesetzes vom 17. November 1846, die Bereine der Nadelgen des Lastfuhrwerks betreffend, ohne jede Debatte an.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: 3. Lesung des Volksschullastengesetzes, Kassenbericht der Ober-Rechnungskammer pro 1885/86, 2. Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Kantongefängnisse der Rheinprovinz.

Schluß 1¾ Uhr.

Wissenschaft. Kunst. Literatur.

— Von dem in Philippopel lebenden griechischen Gelehrten Petros Papageorgiu wurde, der Pol. Korr. zufolge, kürzlich im Hause eines Freundes eine neue Handschrift einzelner Werke des Aristoteles vorgefunden. Die Handschrift, welche nach allen Anzeichen aus dem 14. Jahrhundert stammt, umfaßt auf 180 Blättern folgende Schriften des griechischen Philosophen: „Ueber den Himmel" (vier Bücher auf Blatt 1—76); „Ueber Entstehung und Vernichtung" (zwei Bücher auf Blatt 77—124); die drei ersten Bücher: „Ueber die Seele" (auf Blatt 125—178); kritische Bemerkungen (auf Blatt 179—180). Die Handschrift ist sehr rein, leicht zu lesen und vorzüglich erhalten; auf dem Rande ist sie mit Bemerkungen versehen, welche einer späteren Zeit anzugehören scheinen. Im Augenblicke beschäftigt sich der erwähnte Gelehrte behufs Feststellung des Werthes dieser neu aufgefundenen Handschrift mit einer Vergleichung derselben mit den bestehenden Ausgaben. Nach den bisherigen Ergebnissen dieser Vergleichung scheint die Handschrift von einem bedeutenden Werthe zu sein; in zahlreichen Stellen wird sogar die Didot'sche Ausgabe verbessert.

— Ein Enkel des verstorbenen flämischen Schriftstellers Hendrik Conscience theilt der flämischen Zeitung „Zweep" mit, daß sich unmehr in dem literarischen Nachlasse die von Conscience selbst niedergeschriebenen Memoiren aufgefunden haben. Man hatte bisher geglaubt, daß dieselben bei einer Feuersbrunst mit verbrannt wären.

— Das Gutzkow-Denkmal, welches in nächster Zeit in Dresden errichtet werden soll, wird auf der vor der Kreuzschule gelegenen Bürgerwiese, wo auch das Körner-Denkmal steht, aufgestellt werden. Vermuthlich wird Albert Träger die Weiherede übernehmen.

** Aus Paris meldet uns ein Telegramm, daß die Aufführung der Oper „Lohengrin" bis auf weiteres verschoben worden ist. — Die Inscenirung des „Lohengrin" im Odeontheater soll etwa 300,000 Frcs. kosten. Die Ausstattung ist eine großartige. Die große Orgel auf der Bühne hat allein 32,000 Frcs.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870427022/fragment/page=0003

gekostet. Die Chöristen, 90 an der Zahl, haben durch eine Prüfung den Nachweis ihrer musikalischen Leistungsfähigkeit führen müssen. Das Orchester besteht aus den bedeutendsten Kräften der klassischen Konzerte. Für Dekorationen sind 100,000, für die Kostüme 50,000 Frcs. verausgabt worden. Auch bei dem denkbar großartigsten Erfolge werden die Kosten nicht mit zehn Vorstellungen gedeckt werden können. Der Unternehmer, Herr Lamoureux, hat daher die Absicht, nach den pariser Vorstellungen die größeren Provinzialstädte mit dem ganzen Material zu bereisen und dort die Oper ebenfalls vorzuführen.

Vereine und Versammlungen.

V. Generalversammlung des Deutschen Privat-Beamten-Vereins.

□ Magdeburg, 24. April. Die am heutigen Tage hierselbst im oberen Saale der „Reichshalle" unter dem Vorsitze des Vorsitzenden des Hauptvorstandes, Hrn. Ballewski-Magdeburg, abgehaltene 5. ordentliche Generalversammlung war sehr zahlreich von Vertretern der Zweigvereine aus weiterer Ferne, wie Worms, Frankfurt (M.), Köln, Breslau, Schwerin zc., besucht. Die Versammlung wurde kurz nach 10½ Uhr eröffnet und währte mit einer etwa zweistündigen Mittagspause bis gegen ½9 Uhr abends. Auf der Tagesordnung stand 1. Berichterstattung und Rechnungslegung des Vorstandes. Der vorliegende, sorgfältig bearbeitete Geschäftsbericht weist ein sehr befriedigendes Ergebnis der günstigen Entwickelung dieses Vereins der Selbsthilfe auf. Die Mitgliederzahl ist im letzten Geschäftsjahre von 3509 auf 5248 in 72 Zweigvereinen gestiegen, welche zusammen 82,320 M. an die Hauptkasse abführten. An Unterstützungen wurden 5475 M. an 85 Personen gewährt. Der eiserne Fonds hat die Höhe von 19,200 M., der Dispositionsfonds eine solche von 26,250 M. erreicht. Die Gesammteinnahme aller Kassen beziffert sich auf 100,178 M., ausschließlich der Krankenversicherung und der Lebensversicherung. Diese Leistung ist eine derartige, daß man der ferneren Entwickelung des Vereins mit vollem Vertrauen entgegensehen kann. Auch die eingeführte Stellennachweismittelung hat im vergangenen Jahre sehr gute Fortschritte gemacht. — Auf Antrag der Rechnungsprüfer und des Ausschusses wurde dem Vorstande Entlastung ertheilt und der wohlverdiente Dank für die ausgezeichnete Geschäftsführung ausgesprochen. — Eine mehrstündige Berathung rief sodann die Festsetzung des Haushaltsplanes für das Geschäftsjahr vom 1. April 1887 bis Ende 1888 hervor, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 37,500 M. abschließt. Die einzelnen Summen wurden durchberathen und mit geringen Aenderungen genehmigt. Betreffs des Antrages auf Umgestaltung des Vereinsorgans wurde beschlossen, die Privat-Beamten-Zeitung wie bisher allmonatlich erscheinen zu lassen. — Bei der Ergänzungs- bezw. Neuwahl ausscheidender Vorstands- und Ausschußmitglieder wurden die Herren Ballewski (Vorsitzender), Schmidt (stellv. Rendant) und Wolter (Beigeordneter), sämmtlich zu Magdeburg, Maaß-Berlin, Brandt-Braunschweig, Schulze-Magdeburg, Braun-Bernburg und Brauer-Zwickau (Ausschußmitglieder) durch Zuruf wiedergewählt. — Der Antrag auf Gründung einer Krankenkasse für den Verein wurde abgelehnt. Es soll den Zweigvereinen die Gründung eigener Ortskassen mit Anschluß an centralisirte Hauptkasse anheim gegeben werden. — Desgleichen wurde der Antrag des Vorstandes: den Stellennachweis in eine Stellenvermittelung umzuwandeln, abgelehnt; diese Frage soll in nächstjähriger Generalversammlung nochmals berathen werden. — Die vom Hauptvorstande in Vorschlag gebrachte Vereinbarung wegen Zinsberechnung der einzelnen Versorgungskassen mit dem Hauptverein wurde einstimmig angenommen.

± Naumburg, 25. April. Der Thüringische Zweigverein des Deutschen Fleischerbundes hielt gestern im Gasthof „zur Reichskrone" hier seinen dritten Bezirkstag. Es nahmen an demselben 200 Abgesandte theil. Der Vorsitzende, Hr. Gaßmann-Erfurt, erstattete den Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes 1886/1887 und ertheilte das Wort dem Delegirten Wiegand-Apolda zu dem Antrage: „Nur Innungs-Mitglieder sind berechtigt, Lehrlinge auszulernen." Im allgemeinen verlief diese Angelegenheit ergebnißlos, wenigstens wurde ein bindender Beschluß nicht gefaßt. Angenommen aber wurde nach einem Referat des Hrn. Schmöger-Erfurt der Antrag, daß zum Mitgliede der Innung nur aufgenommen werden kann, wer den Befähigungs-Nachweis zum selbständigen Betriebe eines Geschäfts besitzt. Ueber Punkt 3: „Wie kann sich der Fleischer vor Strafe schützen, wenn Fleisch untersucht, als gesund erklärt, dennoch beim Verkauf einzelne Finnen vorgefunden werden?" sprach Hr. Flitner-Artern. Beschlossen wurde, beim Reichstag um Erlaß gesetzlicher Bestimmungen vorstellig zu werden. In den letzten Jahren hat man mehrfach versucht, Schlachtvieh nach Lebendgewicht zu kaufen und 5 Proz. Tara abzuziehen. Ueber die Ergebnisse dieses Einkaufs berichteten heute die Herren Niemann-Gotha und Gebhardt-Weimar. Einzelne Fleischermeister sind für diese Einkaufsart, im großen und ganzen sind die Erfahrungen aber nicht zugunsten des Lebendgewichts, ja in vielen Fällen stellt sich diese Art des Einkaufs als unangänglich heraus. In betreff des Thema's: „Ueber die schädlichen Einwirkungen auf Fleisch durch Fütterung von Fleischmehl und Leinsamen-Saatmehl" wurden Mittheilungen gemacht, die erkennen lassen, daß solches Fleisch sich schlecht hält. Es haben auch bereits Landwirthe beschlossen, damit nicht mehr zu füttern. — Der nächstjährige Verbandstag ist in Eisenach.

* Die 60. Versammlung Deutscher Naturforscher und Aerzte findet vom 18. bis 24. Sept. in Wiesbaden statt. Die Geschäftsführung liegt bekanntlich in den Händen der Herren Geh. Rath Prof. Dr R. Fresenius und Sanitätsrath Dr Pagenstecher. Mit der Versammlung wird eine Fachausstellung verbunden werden, in der Neues und besonders Vollendetes von Apparaten, Instrumenten, Hilfsmitteln und Präparaten gezeigt werden soll. Die Aussteller werden weder Platzmiethe noch Besteuer irgend einer Art zu leisten haben, und es darf eine der Versammlung würdige, die neuesten Fortschritte repräsentirende Ausstellung erwartet werden. Anfragen sind an den Vorsitzenden des Ausstellungs-Comités, Hrn. Dreyfus, Frankfurterstraße 44, Wiesbaden zu richten. Es sind folgende Gruppen in Aussicht genommen: 1. Chemie; 2. Physik mit besonderer Abtheilung für Mikrologie; 3. naturwissenschaftlicher Unterricht; 4. Geographie; 5. wissenschaftliche Reiseausrüstung; 6. Photographie; 7. Anthropologie; 8. Biologie und Physiologie; 9. Hygiene; 10. Ophtalmologie; 11. Laryngologie, Rhinologie und Otiatrie; 12. Elektrotherapie und Neurologie; 13. Gynäkologie; 14. Chirurgie; 15. Militär-Sanitätswesen; 16. Orthopädie; 17. Zahnlehre und Zahnheilkunde; 18. Pharmacie und Pharmakologie.

* Der zweite allgemeine deutsche Neuphilologentag findet zu Frankfurt a. M. am 31. Mai und 1. Juni 1887 statt. Es sind folgende Vorträge angemeldet: Oberlehrer Dr Ahn-Lauterberg: Ueber die freien schriftlichen Arbeiten im Französischen und Englischen; Realgymnasiallehrer Dr Kühn-Wiesbaden: Ueberlehren in die fremden Sprachen; Prof. Dr Sachs-Brandenburg: Ueber französische Lexikographie; Prof. Dr Trautmann-Bonn: Ueber Vokalsysteme; Prof. Dr Viëtor-Marburg: Die Stellung des Englischen im Unterricht.

Waaren- und Produktenberichte.

Kaffee.

* Hamburg, 25. April. Kaffee lebhaft, steigend, Umsatz 17,000 Sack.

* Havre, 25. April. Vorm. 10 Uhr 30 M. (Telegramm von Peimann, Ziegler & Comp.) Kaffee Good average Santos per Mai 88.50, per Juni 88.50, per Juli 88.75, per Aug. 89,00, per Sept. 89.25, per Okt. 89.50, per Nov. 89.75. Schwach.

Zucker.

Magdeburger Börse.

	23. April.		25. April.	
Granulated	—.—	M.	—.—	M.
Krystallzucker I.	—.—	„	—.—	„
Krystallzucker II.	—.—	„	—.—	„
Kornzucker 96%	21.35—21.75	„	21.50—21.75	„
Kornz. Rend. 88%	20.10—20.60	„	20.20—20.70	„
do. Rend. 75°	16.20—18.00	„	16.20—18.00	„

Tendenz am 25. April: Fest.

	23. April.		25. April.	
fein Brodraffinade	27.—	M.	27.00	M.
fein Brodraffinade	—.26.50	„	—.26.50	„
Gem. Raffinade	25.75—26.00	„	—.26.00	„
Gem. Melis I.	—.25.50	„	—.25.50	„

Tendenz am 25. April: Fest.

Magdeburger Börse vom 25. April.

Rohzucker I. Produkt:

Transito f. a. B. Hamburg.

April 11.85—87½—90 bez., u. Br., 11.87½ G.
April-Mai —.— bez., —.— G., —.— Br.
Mai 11.85—87½—90 bez., —.— G., —.— Br.
Juni 12.— bez., —.— G., —.— Br.
Juni-Juli 12.05—10 bez., —.— G., —.— Br.
Juli-August —.— bez., —.— Br., —.— G.
August 12.15—20 bez., —.— Br., —.— G.
Okt.-Nov. —.— G.
Okt.-Dez. 11.75 bez., —.— G.

Tendenz: Fest.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* Paris, 25. April. (Telegr.) Rohzucker 88° fest, loco —.— à 28.50. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 kg. pr. April 33.00, per Mai 33.10, pr. Mai-Aug. 33.50, per Okt.-Jan. 33.60.

* London, 25. April. (Telegr.) 96% Javazucker 13¾ ruhig, stetig, Rübenrohzucker 11¾ do. Centrifugal Cuba —.

* Antwerpen, 25. April. Rübenzucker. Sofort 28.00 Frcs., Febr. 28.75 bis — Frcs., Mai-Juli 29.00—25 Frcs., Okt.-Dez. 27.50—75 Frcs.

Petroleum.

* Berlin, 25. April. (Amtl.) Petroleum (Raffinirtes Standard white) per 100 kg mit Faß in Posten von 100 Ctr. — Termine still. Gekündigt —.— Ctr. Kündigungspreis —.— M. Durchschnittspreis —.— M. Loco —.—, per diesen Monat —.—, per April-Mai —.—, per Mai-Juni —.—, per Juni-Juli —.—, per Juli-Aug. —.—, per Aug.-Sept. —.—, per Sept.-Okt. 21.4.

* Stettin, 25. April. Loco 10,40.

* Bremen, 25. April. [Schlußbericht.] Standard white loco 5,95 Br. Geschäftslos.

* Hamburg, 25. April. Petroleum loco still, Stand. white loco 6,05 Br., 5,95 Gd. pr. Aug.-Dez. 6,35 Gd.

* Antwerpen, 25. April. (Telegr.) [Schlußbericht.] Raffinirtes, Type weiß, loco 15½ bez., 15½ Br., pr. Mai 15 bez., 15 Br., pr. Juli 15 bez. 15½ Br., pr. Sept. 16 bez., 15½ Br. Ruhig.

Spiritus.

* Berlin, 25. April. (Amtlich). Spiritus per 100 l à 100% = 10,000 l%. Term. ohne behauptet. Gek. 110,000 l. Kündigungspr. 40.10 M. Durchschnittspreis —.— M. Loco mit Faß — bez., ohne Faß 40.3 bez., per diesen Mon. 40.3 bis 40.9 bis 40.1 bis —.—, per April-Mai 40.3—40.0—40.1, Mai-Juni 40.3—40.0—40.1 bez., per Juni-Juli 40.9—40.6—40.7 bez., per Juli-Aug. 41.6 —41.3 bis 41.5 bez., per Aug.-Sept. 42.3—42.4 bez., per Sept.-Okt. 42.9—42.8 bez., per Okt.-Nov. —.— bis —.— bez. — Spiritus per 100 l à 100% = 10,000% loco ohne Faß 40.3 bez.

* Magdeburg, 25. April. Kartoffelspiritus für 10,000 l-% loco ohne Faß 40.60—40.90 M. Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* Magdeburg, 25. April. (Germann Walther.) Kartoffelspiritus fester. Loco ohne Faß 40.60—40.95 M. Ab Speicher unter freier Vorhaltung der Gebinde 42.00 Br.

* Leipzig, 25. April. Spiritus per 10,000 l% ohne Faß loco 40.70 bez. — Gd. Höher.

* Posen, 25. April. Spiritus loco ohne Faß 38.60, per April 38.70, per April-Mai 38.90, per Juni 39.60, per Juli 40.20, per Aug. 40.60. Gek. 15000 l. Fest.

* Stettin, 25. April. Spiritus still, loco 39.40, per April-Mai 39.30, per Juni-Juli 40.20, per Aug.-Sept. 41.60.

* Breslau, 25. April. Spiritus per 100 l 100% per April-Mai 39.00, per Juni-Juli 39.40, per Aug.-Sept. 40.50.

* Hamburg, 25. April. Spiritus fester, per April 25½ Br., per Mai-Juni 25¼ Br., per Juli-Aug. 26½ Br., per Sept.-Okt. 27½ Br.

* Paris, 25. April, nachm. (Telegr.) Spiritus behauptet, per April 41.00, per Mai 41.25, per Mai-Aug. 41.50, per Sept.-Dez. 40.25.

* Paris, 25. April, abends. (Telegr.) Spiritus fest, per April 41.25, per Mai 41.50, per Mai-Aug. 41.50, per Sept.-Dez. 40.50.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

* Berlin, 25. April. (Amtl.) Oelsaaten per 100 kg. Gek. —.—. Winterraps —.—, Sommerrüb —.—. M., Winterrüben —.— M., Sommerrüben —.— M. Rüböl per 100 kg mit Faß. Termine behauptet. Gek. 300 Ctr. Kündigungspreis 43.40. Durchschnittspreis —.—. Loco mit Faß 43.6. Loco ohne Faß —.—, per diesen Monat 43,5 bis 43.4, per April-Mai 43.5 bis 43.4 bez., per Mai-Juni 43.5 bis 43.4 bez., per Juni-Juli —.— bis 43.8 bez. per Juli-Aug. —.—, per Aug.-Sept. —.—, per Sept.-Okt. 44.2 bis 43.9 bez. Leinöl per 100 kg — loco — M., Lieferung —.

* Leipzig, 23. April. Rapskuchen per 100 kg netto loco 11—11,00 M. Rüböl per 100 kg netto loco flüssiges 42,75 bez. Ruhig.

* Stettin, 25. April. Rüböl still, pr. April-Mai 44,00, per Sept.-Okt. 44.50.

* Köln, 25. April. (Telegr.) Rüböl loco 23,60, per Mai 22,80, pr. Okt. 23.40.

* Breslau, 25. April. Rüböl per April-Mai 44.00 M., per Mai-Juni —.— M.

* Hamburg, 25. April. Rüböl matt, loco 41.

* Paris, 25. April, nachm. (Telegr.) Rüböl ruhig, per April 50,00, per Mai 49,25, per Mai-Aug. 50,25, per Sept.-Dez. 51,75.

* Paris, 25. April., abends. (Telegr.) Rüböl fest, per April 49,25, per Mai 49,50, per Mai-Aug. 50,25, per Sept.-Dez. 51,75.

* Pest, 25. April. (Telegr.) Kohlraps per Aug.-Sept. 10⅞ à 11.

* Amsterdam, 25. April. (Telegr.) Rüböl loco 23, per Mai 22¼, per Dez. 22¾. Raps —.

Hülsenfrüchte.

* Berlin, 23. April. (Pol.-Präs.) Erbsen, gelbe zum Kochen, 20—30 M., Speiseboknen, weiße, 24—40 M., Linsen 30—60 M. per 100 kg.

* Berlin, 25. April. (Amtl.) Mais per 1000 kg Loco unverändt. Termine —.— Gek. 200 Ctr. Kündigungspreis 102.5 M. Loco 95—113 M. nach Qual., per diesen Monat —.— nom., per April-Mai 102.0. Erbsen per 1000 kg, Kochwaare 140—200 M. Futterwaare 117—125 M. nach Qual.

* Leipzig, 23. April. Mais per 1000 kg netto loco amerikanischer 115 bis 120 M. Br., inländischer alter 125—130 M. bez.

* Wien, 25. April. (Telegr.) Mais per Mai-Juni 6,08 Gd., 6,13 Br., per Juli-Aug. 6,16 Gd., 6,21 Br.

* Pest, 25. April. (Telegr.) Mais 5,72 Gd., 5,74 Br.

* London, 26. April. (Telegr.) Mais stetig, Bohnen und Erbsen —., Linsen — h. billiger als vor Woche.

Mehl.

* Berlin, 25. April. (Amtl.) Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 kg inkl. Sack. W. verändt. Gekündigt 1.000 Ctr. Kündigungspreis 16.95 M. Durchschnittspreis —.— M., per diesen Monat 16.95 bis —.—, per April-Mai 16.95 bis —.—, per Mai-Juni —.— bis 17.00, per Juni-Juli 17.15 bis 17.20, per Juli-Aug. 17.25, per Sept.-Okt. 17.55.

* Berlin, 25. April. Weizenmehl Nr. 00 23.00—21.50, Nr. 0 21.50—19.50 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt. In billigeren Marken gut zu lassen. Roggenmehl Nr. 0 u. 1 17.00—16.00, do. seine Marken Nr. 0 u. 1 16.75—17.00 bez. Nr. 0 ½ M. höher als Nr. 0 u. 1 per 100 kg br. inkl. Sack. Fremde Marken angeboten.

* Paris, 25. April, nachm. (Telegr.) Mehl fest, per April 54.00, per Mai 54.25, per Mai-Juni 54,80, per Mai-Aug. 55.25.

* Paris, 25. April, abends. (Telegr.) Mehl 12 Marques steigend, pr. April 54.30, per Mai 54.60, per Mai-Juni 55.25, per Mai-Aug. 55.60.

* London, 25. April. (Telegr.) Mehl stetig, Stadtm. —.

Butter. Eier. Fleisch.

* Berlin, 23. April. (Pol.-Präs.) Rindfleisch, von der Keule, 1,00—1,40 M., Bauchfleisch 0,90—1,20 M., Schweinefleisch 1,00—1,40 M., Kalbfleisch 1,00 bis 1,50 M., Hammelfleisch 0,80—1,30 M., Butter 1,80—2,80 M. per 1 kg. Eier, 60 Stück, 2,40—3,60 M.

* Berlin, 25. April. (Amtl.) Bericht der ständigen Deputation für den Eierhandel von Berlin. Normale Eier je nach Qualität von 2,35—2,50 M. pro Schock. Aussortirte, kleine Waare je nach Qualität von 1,75—1,80 M. pro Schock. — Flau.

Kartoffeln.

* Berlin, 23. April. (Pol.-Präs.) Kartoffeln 4,00—5,50 M. per 100 kg.

Stärke. Kartoffelmehl.

* Berlin, 25. April. (Amtl.) Kartoffelmehl per kg brutto inkl. Sack. Termine fester. Gekündigt 8000 Ctr. Kündigungspreis 16.60 M. Durchschnittspreis — M. Loco 16.50 M., per diesen Monat —.— M., per Jan.-Febr. — M., per Febr.-März —, per März-April —.—, per April-Mai 16.40 M., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —. Trockene Kartoffelstärke per 100 kg brutto inkl. Sack. Termine fester.

Gekündigt 400 Ctr. Kündigungspreis 16.50 M. Durchschnittspreis —.— M. Loco 16.50 M., per diesen Monat —.— M., per Jan.-Febr. — M., per Febr.-März —, per März-April —.—, per April-Mai 16.40 M., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —.

Stroh. Heu.

* Berlin, 23. April. (Pol.-Präs.) Richtstroh 5,25—5,50, Heu 4,50—6,60 M. per 100 kg.

Berliner Börse vom 25. April.

Deutsche u. ausländische Fonds- u. Staatspapiere.

4%	Deutsche Reichsanl.	105,75	bz
3½%	do.	98,50	bzG
4%	Preuß. Konf. St.-Anl.	106,00	B
3½	do.	98,70	bz
3½%	Staats-Sch.	99,90	bz
	Prämien-Anleihe 1855	154,50	bzG
4%	Ostpr. Centr.-Pfdbr.	102,30	bz
3½	do.	98,90	B
3%	Westfäl. Centr.-Pfdbr.	97,50	B
4%	Sächs. Rentenbr.	103,60	bz
3½	Goth. Pr.-Pfdbr. I. ab	105,70	bz
3½	do. do. II. ab	103,50	G
3½	do. III. rzh. à 110 ab	96,25	G
3½	do. IV. rzh. à 100 ab	96,25	G
3½	do. V. do. ab	91,75	bzG
5%	Pfdbr. Centr.-Pfdbr. 110 rz.	116,00	bz
4%	do. do. 100 rz.	101,80	bz
5%	Pfdbr. Kur- u. Neum. 103 rz.	110,75	G
4%	do. do. Ser. 100 rz.	101,50	bzG
4%	Südd. Boden-Kredit	101,20	G
4%	Hyp.-B. Pfdbr. (Berlin)	101,90	bzG
4%	do. (Meiningen)	101,30	G
5%	Rufs. Bodenkredit	90,70	bz
5%	do. Centr.-Bd.-Pf.	82,50	bzG
6%	New-York Stadt-Anl.	—.—	
Oest.	Papier-Rente	65,00	B
do.	Silber-Rente	65,70	bzG
4%	Oest. Gold-Rente	90,40	bzG
5%	Ungar. Papier-Rente	70,70	B
4%	Ung. Gold-Rente	80,90	bz
	Italienische Rente	97,20	B
3½%	Hallesche Stadt-Anl.	98,00	G
3½%	Kopenh. Stadt-Anl.	95,75	bzG
4%	Lissab. Stadt-Anl.	76,30	bzG
	Römische do.	99,50	bzG
5%	Rumänier	101,50	bz
5	„ Anl. 1872	95,25	bz
5	„ Anl. 1877	98,50	bz
4	„ „	89,00	bz
5	„ „ 1884	95,40	bz
5	„ „ Orient-Anl. II.	55,00	bz
5	„ „ „ III.	54,80	bz
6	„ Anl. Gold-Rente 1883	108,50	bz

In- und ausl. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.

	Aachen-Mastricht	50,90	bz
	Berlin-Dresden	25,10	bzG
	Berlin-Görlitzer Litt. B.	86,50	bzG
	Galiz. (Karl-Ludw.)	84,75	G
	Gotthardbahn	—.—	
	Kronpr. Rudolfbahn	74,90	bz
	Mainz-Ludwigshafen	97,75	bzG
	Marienburg-Mlawka	43,00	bzB
	Mecklenburg	138,40	bz
	Nordb.-Erfurter	34,25	bzG
	Ostpreuß. Südbahn	61,70	bz
	Russische Südwestbahn	58,50	bz
2/3	Berlin-Dresden	56,80	G
2/3	Marienb.-Mlawka	106,00	bzG
2/3	Ostpr. Südbahn	105,40	bzG
½	Saalbahn	102,50	bzG
½	Weimar-Gera	86,75	bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen.

	Verschiedene 4% Prior. abgestempelt zum Bezug	—.—	
3½	Berg.-Märk. I. II.	98,50	G
4	do. V.	102,40	G
4	do. VII.	102,00	G
4	do. VIII.	102,70	bz
4	do. IX.	102,70	bz
4	do. do. Nordbahn	102,40	bzG
4	Berlin-Anhalt C.	102,50	B
4½	Berlin-Dresden. gr.	102,00	bzG
4	Berlin-Hamb. III. to.	—.—	
4	Berlin-Stettin gar.	102,60	B
4½	Bromberg. Eisenb.	—.—	
4	Brsl.-Schw.-Frd. H.	102,40	bz
4	Köln-Minden IV.	102,60	B
4	do. VI.	102,40	G
4	do. VII.	102,60	bzB
4	Magd.-Halberst. 1865	—.—	
4	do. 1873	102,50	bzB
4	do. Leipzig A.	104,75	bzB
4	do. do. B.	102,50	B
4	do. Wittenberge	90,00	bzB
4	Mainz-Ludwig. g. to.	—.—	
4	do. 1874 lomb.	102,75	bzB
3	do. 1874	—.—	
4	Niederschl.-Märk. I.	—.—	
3½	do. Oberschl. E. gr.	98,75	B
4	do. 4%/Litt. H. gr.	102,50	G
4	do. Em. D. 73	102,50	bz
4½	do. do. = 79	106,50	B
4	do. do. = 80	102,50	G
4	Rechte Oder-Ufer	—.—	
4	Thüringer VI.	—.—	
4	Böhmische Nordb. Gold	101,30	G
5	Dux-Bodenb. II.	84,25	bz
5	do. III.	—.—	
4½	Gal. Karl-Ludw.	80,00	bzG
5	Kaschau-Oderberg	80,90	bz
4	Lemb.-Czernow.	102,50	bzG
	Kronprinz Rudolf 4%/Prior.	72,50	bz
	do. Salzkg. Gold 4%/ab.	100,60	bz
4	Lemb.-Czernow. st.-st.	71,90	bz
3	Oest. Frz. St. alle	402,25	bz
3	do. do. 1874	—.—	
3	do. do. Ergänzung.	387,50	bzG
4	do. do. Goldprior.	100,90	bz
3	do. do. v. 1885	382,60	bz
5	Oesterr. Nordwestb.	84,90	G
3	Südost.-Bahn Lmb.	304,25	bz
5	do. do. Obl.	103,25	bz
5	Ungarische Nordostb.	79,75	bz
5	do. Gold	102,50	B
5	do. Ostbahn I. Em.	75,75	bzG
5	do. do. II. Em.	102,40	bzG
5	Charlow-Rzow	98,10	G
4½	Zwangor.-Dombrow.	91,10	G
5	Koslow-Woronesch	98,60	bz
5	Kursk-Kiew	101,25	bzG
	Moskv-Kursk 4%/Prior.	81,50	bzG
4	Moskv-Rjasan	95,90	bzG
5	do Sinolensk	98,25	bz
4	Rjasan-Koslow	92,60	bz
4	Rust. Mikolai-Oblig.	85,50	bzG
5	Schuja-Iwanowo	98,10	G
4	Südwestbahn	82,70	bz
5	Warschau-Wien IV.	101,60	bz
5	do. V.	101,60	bz
3	Gr. Rust. Staatsb.-Obl.	75,10	B
3	Transkaukasische Eisb.-Obl	65,25	bz

Bank- und Industrie-Aktien.

Aachen-Diskonto	116,00	G
Berliner Handels-Ges.	154,10	bzG
Darmstädter Bank	157,75	bzG
Diskonto-Kommandit	193,70	bzG
Deutsche Bank	159,25	bzG
do. Genossenschaftsbank	132,50	bz
do. Hyp.-B. (Berlin) 60%	100,75	G
do. do. (Meiningen) 40%	95,25	bzB
Dresdener Bank	131,70	bz
Leipziger Kredit-Anstalt	170,75	G
Magdeb. Privatbank	117,50	bzB
Mitteldeutsche Kred.-Bank	96,10	G
Oesterr. Kredit-Anstalt	453,50	bz
Reichsbank	136,90	bz
Sächsische Bank	115,75	G
Schles. Bank-Verein	105,60	G
Weimarische Bank	69,00	bz
Admiralsgartenbad-Akt.	105,50	G
Cuxhavner Papierfabrik	—.—	
Dessauer Gas	184,50	bz
Eilenburg Kattun	68,00	G
Hallesche Maschinen	210,25	G
Laurahütte	73,00	G
Phönix-Bergwerk Litt. A.	83,00	B
do. do. B.	20,60	G
Dortmunder Union St.-Pr.	55,75	bzG
Bochumer Gußstahl	118,25	bz
Hörd. Hütt.-V. fonv.	33,75	bz
Glauziger Zucker	76,50	bzG
Körbisdorfer Zucker	96,10	G
Sächs.-Th. Bt.-B. St.-A.	117,75	B
do. do. St.-Prior.	—.—	
Sächs. Masch. (Hartmann)	105,25	B
do. Stickmaschinen	103,25	B
Zeitzer Maschinen	224,00	bzB

Wechsel.

Amsterdam 100 fl. 8 T.	—.—	
Brüssl.-Antw. 100 fl. 8 T.	—.—	
London 1 Lstrl. 9 T.	—.—	
Paris 100 frs. 8 T.	—.—	
Wien öst. W. 100 fl. 8 T.	160,10	bz
Petersb. 100 S.-R. 3 W.	176,00	bz

Bank-Diskonto.

Berlin Wechsel 4, Lombard 5.
Amsterd. 2½. Brüssel 2½. London 2½.
Paris 3. Petersburg 5. Wien 4.

Gold, Silber und Banknoten.

Souvereigns	20,32 bz
Engl. Banknoten	20,36 bz
20-Francs-Stücke	16,13 G
Dollars	4,18 G
Imperials	—.—
Franz. Banknoten	80,05 bz
Oesterr. do.	160,15 bz
Russ. do.	178,65 bz

Leipziger Börse vom 25. April.

Fr.	Kgl. Sächs.	Mk.	
3	Renten-Anl.	5000	91,00 bz
	do.	1000	91,00 bz
3	do.	500	91,00 G
		Thlr.	
5½	Staatsanl. 1855	100	97,00 B
4%	do. 1847	500	101,50 G
4%	do. 1870	100	103,75 B
4	do. 67 ab 5%	500	103,75 G
3½	Landrentenbr.	500	99,80 G

Div.	Eisenb.-St.-Akt.		
8,96	Altenburg-Zeitz	183,00	B
5½	Rust.-Teplitz	278,00	G
5%	Wärm. Bahn 50%	110,75	G
7,62	Buschtehrad. Litt. A.	124,50	B
4½	do. do. B.	86,50	G
7½	Dux-Bodenbach	137,50	G
5½	Gera-Zeitz. B. 15%	—.—	
	Eisenb.-St.-Pr.-Akt.		
8	Altenburg-Zeitz	170,00	G
7½	Dux-Bodenb. Litt. A.	130,00	G
7½	do. do. B.	130,00	G
	Bank- u. Kred.-Akt.		
8½	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	170,50	G
7	Dresdener Bank	131,30	bzG
5,80	Leipziger Bank	130,50	B
4½	do. Kassen-Verein	103,50	G
5½	do. Disk.-Gesellsch.	102,00	B
4%	Sächs. Bank	115,25	G
0	Weimar. Bank, neue	68,00	bzG
7	Zwickauer	120,50	bzB
	Ind.-Akt., Pr. u. Stamm-Prior.		
15	Crüllo. Papierfabr.	175,00	B
—	5% do. Schuldverschr.	104,00	G
5	Dörfelwitz-Raitm.	70,00	B

Div.			
5½	Mansf. Gw. 1882	500	102,25 bz
4½	do.		—.—
4½	do. 1879		103,50 bz
5	do Em. 1875		104,00 G
4	Lpz. Stadtobl. 1884		105,00 B
4½	do. 1878		100,50 G
3½	Altb. Landobl.		102,25 G
4	do. do.		104,30 G

Div.	Kgl.-Sächs. Obl.	
5½	Halleschе Straßen-B.	124,00 G
10	Lpz. Malzf. Schfld.	207,00 G
8	Thür. Gasgef. f. Lpz.	139,00 B
	do. do. (junge)	—.—
8	do. Stamm-Pr.	153,00 G
2½	Kette Elbf.-Ges.-Akt.	84,25 B
0	Zuckerraffinerie Salbke	102,00 G
7	S.-Thür. Br.-B. St.	116,00 G
7	do. St.-Prior.	118,00 G
	Rust. Gesellsch.-Obl.	
%		
4	Aussig-Teplitzer	102,80 G
5	Böhm. Nordbahn	89,00 G
4	do. do.	101,35 bzG
5	Buschtiehr. [B. Nbw.	85,50 bz
5	do. Em. 1871	85,50 G
5	do. do. 1872	85,50 G
	do. Gold	105,25 G
4½	do.	105,25 G
5	Dux-Bodenbach	85,75 B
5	do. Em. 1871	84,25 G
5	do. do. 1874	107,50 G
4½	Graz-Köflacher	79,50 B
5	do. Ein. v. 1871 a. 72	81,25 G
5	Kaschau-Oderberg	80,00 G
4	Prag-Dux Gold	100,00 bzB
5	do. Gold	106,20 B
5	Prag-Tirnau	89,00 G

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870427022/fragment/page=0004